

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Jens Reuter
Ursachen und Folgen
der Krise in Jugoslawien

András Inotai
Wirtschaft und Wirtschaftspolitik
in Ungarn

Dionisie Ghermani
Rumäniens Sonderentwicklung
im Ostblock

ISSN 0479-611 X

B 50/83
17. Dezember 1983

Jens Reuter, geb. 1942; Leiter des Jugoslawienreferats im Südost-Institut München.

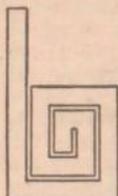
Veröffentlichungen u. a.: Die Albaner in Jugoslawien, München 1982; Jugoslawiens Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, in: R. Schönfeld (Hrsg.), Südosteuropa in Weltpolitik und Weltwirtschaft der achtziger Jahre, München 1983; Jugoslawien und der RGW, in: Südosteuropa, (1983) 7—8; Jugoslawiens Außenwirtschaft, in: Südosteuropa, (1982) 3—4.

András Inotai, Dr. phil., geb. 1943 in Szombathely (Ungarn); seit 1982 Leiter der Abteilung für Wirtschaftsintegrationen am Institut für Weltwirtschaft der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; seit 1967 dort wissenschaftlicher Mitarbeiter. Hauptarbeitsbereiche: Integrationstheorie und -praxis, Ost-West-Beziehungen, Strukturwandel, internationaler Kapitalverkehr, internationales Umfeld der ungarischen Wirtschaft. Zahlreiche längere und kürzere Aufenthalte in Westeuropa und Lateinamerika. Vorlesungen, Studien und Beiträge in mehreren Ländern bzw. Sprachen.

Veröffentlichungen u. a.: Die Außenwirtschaftsbeziehungen der VR Ungarn unter dem Gesichtspunkt der Ost-West-Zusammenarbeit, Ebenhausen 1980; Regional Economic Integrations and International Division of Labour, Budapest; Competition of CMEA, Southern European and Rapidly Industrializing Countries in the West German Import Market for Manufactured Products in the Second Half of the Seventies, Budapest 1982; Auswirkungen weltwirtschaftlicher Veränderungen auf den Westhandel der RGW-Länder (in englischer Sprache), Ebenhausen 1982.

Dionisie Ghermani, Dr. phil., geb. 1922 in Govora, Rumänien; seit 1964 Leiter des Rumänienreferats im Südost-Institut, München; seit 1981 Redaktionsmitglied d. Zeitschrift Südosteuropa; Mitglied des Lehrkörpers und Senats der Hochschule für Politik, München; Lehrbeauftragter an der Universität Bamberg; Kuratoriumsmitglied des Internationalen Instituts für Nationalitätenrecht und Regionalismus; Mitglied der Südostdeutschen Historischen Kommission; Geschäftsführer des Forschungskreises für Kultur- und Religionsgeschichte des östlichen Europa; Mitglied der American Association for the Advancement of Slavic Studies usw.

Veröffentlichungen u. a.: Die kommunistische Umdeutung der rumänischen Geschichte, München 1967; Die nationale Souveränitätspolitik der SR Rumänien, München 1981; Die rumänische Kommunistische Partei, in: Südosteuropa-Handbuch, Bd. II, Rumänien (Hrsg. K.-D. Grothusen), Göttingen 1977; Die rumänische Außenpolitik im Spannungsfeld von Autonomie und Blocktreue, in: Südosteuropa in Weltpolitik und Weltwirtschaft der achtziger Jahre (Hrsg. R. Schönfeld), München 1983.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion:

Holger Ehmke, Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Karl-Heinz Resch.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 62—65, 5500 Trier, Tel. 0651/46171, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Ursachen und Folgen der Krise in Jugoslawien

I. Das schwere Erbe der Tito-Ära

„Was sind zur Zeit die wesentlichen Probleme Jugoslawiens?“ Würde man unter diesem Titel eine Umfrage unter jugoslawischen Bürgern starten, so könnte man sicher sein, daß 90 v.H. aller Befragten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes an erster Stelle nennen würden. Ebenso sicher könnte man sein, daß zahlreiche Jugoslawen in den Stoßseufzer ausbrechen würden: „Wenn Tito noch lebte, wäre es nicht so weit mit uns gekommen!“

Dabei darf jedoch nicht übersehen werden, daß die wirtschaftliche Misere Jugoslawiens, die in der hohen Auslandsverschuldung, drastisch sinkenden Realeinkommen und einer kaum zu zügelnden Inflation zum Ausdruck kommt, ihre Wurzeln in der heute oftmals nostalgisch verklärten Tito-Ära hat.

Gerade in der Spätphase dieser Ära (1975—1980) schlug Jugoslawien ähnlich wie Polen einen expansiven Kurs in der Wirtschaftspolitik ein. Man kaufte unter Inanspruchnahme immer umfangreicherer Hartwährungskredite Industrieausrüstung im Westen und hegte dabei die allzu optimistische Erwartung, die mit Hilfe dieser Maschinen produzierten Güter auch im EG-Bereich und in den Entwicklungsländern absetzen zu können. Durch kontinuierlich steigende Exporte sollte der entstandene Schuldenberg wieder abgebaut werden. Dabei schwebte den jugoslawischen Wirtschaftspolitikern vor, die hochentwickelten westlichen Länder zu kopieren, die ihre umfangreichen Importe von Erdöl und wichtigen Rohstoffen durch Exportüberschüsse in den Bereichen Maschinenbau, Chemie, Automobil- und Leichtindustrie finanzieren. Doch die Rechnung ging nicht auf. Die Märkte der Hartwährungsländer blieben den jugoslawischen Industrieprodukten weitgehend verschlossen. 1979 erreichte Jugoslawiens Handelsbilanzdefizit die Rekordmarke von 6,4 Mrd. US-Dollar, was gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung um mehr als zwei Mrd. Dollar bedeutete. Das Handelsbilanzdefizit konnte nicht wie in früheren Jahren durch eine entsprechende Steigerung der Einnahmen aus dem Nichtwarenverkehr — Tourismus, Überweisungen der Gastarbeiter,

Transportleistungen und andere Dienstleistungen für das Ausland — aufgefangen bzw. gemildert werden. Während die Nettodeviseneinnahmen aus den Invisibles 1976 noch 61 v.H. des Handelsbilanzdefizits abdeckten, waren es 1979 nur noch 31 v.H. Die so entstandene Zahlungsbilanzlücke mußte folglich mit Auslandskrediten geschlossen werden. Äußerst negativ wirkten sich zudem Faktoren aus, die außerhalb des Verantwortungsbereichs der jugoslawischen Wirtschaftspolitik lagen: der zweite Ölpreisschock (1979), die dadurch bedingte Rezession in den westlichen Abnehmerländern und die alle Schuldnerländer überaus empfindlich treffenden Zinsprünge auf den westlichen Kapitalmärkten¹⁾.

Als Titos Nachfolger im Mai 1980 die politische Verantwortung übernahmen, traten sie ein schweres Erbe an. Die Gesamtproduktion Jugoslawiens war merklich zurückgegangen. Sie stieg 1980 nur um 2,5 v.H., verglichen mit einer jährlichen Steigerungsrate von durchschnittlich 7 bis 8 v.H. in den vorangegangenen drei Jahren. Bei einer Inflationsrate von nahezu 40 v.H. gingen die Realeinkommen der Beschäftigten um 8,1 v.H. zurück. Infolge eines im August 1979 verhängten Preisstopps wurde das Land von einer Versorgungskrise geschüttelt, die, wenngleich in temporär gemilderter Form, zu einer Dauererscheinung werden sollte. Nicht nur Milch, Fleisch, Kaffee und Südfrüchte waren Mangelware, es fehlte auch an Waschpulver, Kohle, Heizöl und Medikamenten. Auf dem Höhepunkt der Krise wurde in Belgrad eine Liste von fast 2 000 (!) Einzelartikeln erstellt, die permanent nicht vorhanden waren²⁾. Sehr viel gravierender für die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens war jedoch die wachsende Auslandsverschuldung, die sich im Frühjahr 1980 bereits der 18-Milliarden-Dollar-Grenze näherte.

¹⁾ Vgl. *Ekonomiska Politika* vom 26. 5. 1980, *Vjesnik* vom 14. 6. 1980 u. F. L. Altmann/W. Schrettl, Jugoslawien: Zum Prozeß der wirtschaftlichen Stabilisierung, in: *Südosteuropa*, 32 (1983) 5, S. 268—288.

²⁾ Vgl. P. Ramet, Jugoslawien nach Tito, in: *Osteuropa*, (1982) 4, und J. Reuter, Die Versorgungskrise in Jugoslawien, in: *WD-Südosteuropa*, (1979) 12.

II. Problem Nummer eins: die Auslandsverschuldung

Ein Blick auf Tabelle 1 zeigt, daß Jugoslawiens Auslandsverschuldung gerade in den letzten fünf Jahren der Tito-Ära lawinenartig gewachsen ist:

Tab. 1
Die Entwicklung der jugoslawischen Auslandsverschuldung (netto in Mrd. US-Dollar)

Jahr	Schulden
1970	2,2
1973	4
1975	5,75
1977	8,50
1978	10,75
1979	13,75
1980	17,25
1981	18,25
1982	18,50

Quelle: OECD-Wirtschaftsberichte Jugoslawien, Mai 1983, S. 33

Zu den obigen Zahlen ist zu bemerken, daß die derzeitige Auslandsverschuldung der SFRJ von der jugoslawischen Nationalbank höher angesetzt wird als von den westlichen Gläubigerländern. Dieses Paradox findet seine Auflösung darin, daß eine höhere Gesamtverschuldung höhere Refinanzierungskredite bedingt, die Jugoslawien jetzt wie im kommenden Jahr benötigt. Nach westlichen Schätzungen dürfte die Gesamtverschuldung Jugoslawiens bis Ende 1983 ca. 21,6 Mrd. US-Dollar betragen³⁾.

Tab. 2
Zinsen für Auslandskredite (in Mio. US-Dollar)

Jahr	Zinsen
1973	229
1974	291
1975	337
1976	369
1977	381
1978	455
1979	821
1980	1 281
1981	2 107
1982	2 049
1983 (geschätzt)	2 049

Quelle: Ekonomika Politika vom 7. 11. 1983

Tabelle 2 gibt einen Überblick über die Zinsen, die Jugoslawien in den vergangenen zehn Jahren für Auslandskredite zu zahlen hatte.

Jugoslawien zahlte im Verlauf der letzten zehn Jahre an Zinsen für Auslandskredite insgesamt 8,320 Mrd. US-Dollar, dadurch wurden 13,1 v.H. vom Wert des jugoslawischen Gesamtexports in dieser Periode (63,474 Mrd. US-Dollar) aufgezehrt. Auf die letzten drei Jahren betrachtet hat sich diese Relation erheblich verschlechtert. Auf die Zinszahlungen von durchschnittlich 1,359 Mrd. US-Dollar per anno entfiel folgender Anteil am Wert aller jugoslawischen Exporte:

1980: 14,3 v. H.

1981: 19,3 v. H.

1982: 20,0 v. H.

Offizielle Schätzungen gehen davon aus, daß Jugoslawien 1984 und 1985 jeweils 2 Mrd. US-Dollar an Zinsen zu zahlen haben wird⁴⁾. Die Gesamtbelastung aus Zins und Tilgung wird für das kommende Jahr auf nicht weniger als 5,2 Mrd. US-Dollar angesetzt⁵⁾.

Heute ist allgemein bekannt, daß Jugoslawien hart an der Grenze der äußeren Liquidität steht und ohne westliche Finanzhilfe nicht in der Lage wäre, seine Auslandsschulden zu bedienen. In westlichen Bankkreisen traten erste Zweifel an der Bonität Jugoslawiens erst 1980 vor dem Hintergrund der Polen-Misere auf. Sie wurden zunächst mit dem Argument zerstreut, Jugoslawien sei schließlich Gründungsmitglied des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie assoziiertes OECD-Mitglied und genieße daher im Westen ein ganz anderes Credit Standing als das Ostblockland Polen. Hellhörig wurde man allerdings bei den Banken, als sich Mitte 1981 herausstellte, daß die Auslandsverschuldung Jugoslawiens pro Kopf der Bevölkerung höher lag als diejenige Polens. Indiz für das aufkeimende Mißtrauen war die Tatsache, daß Jugoslawien im Herbst 1981 eine 400-Millionen-Dollar-Anleihe am Eurodollarmarkt nicht unterbringen konnte. Die jugoslawischen Liquiditätsprobleme ließen sich nicht länger verheimlichen, als einige Regionalbanken der SFRJ die bei westlichen Kreditoren aufgenommenen Anleihen nicht mehr pünktlich bedienen konnten. Im Februar 1982 erhielt Jugoslawien vom IWF 700 Millionen US-

⁴⁾ Ekonomika Politika vom 15. 8. 1983 und 7. 11. 1983.

⁵⁾ NIN (Belgrad) vom 13. 11. 1983.

³⁾ Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 8. 11. 1983.

Dollar; diese Summe war Teil eines vom IWF früher eingeräumten Stand-by-Kredits von insgesamt 2,2 Mrd. US-Dollar. Damit hatte Jugoslawien die höchste Kreditsumme erhalten, die der IWF jemals einem Entwicklungsland zur Verfügung gestellt hat. Im selben Jahr erhielt Jugoslawien einen Finanzkredit aus Kuwait von 250 Millionen US-Dollar sowie weitere 150 Millionen US-Dollar von deutschen Banken⁶⁾. Als Jugoslawiens Kreditbedarf damit immer noch nicht gestillt war, begann man in westlichen Bankkreisen offen davon zu sprechen, auch Jugoslawien werde den Weg Polens und Rumäniens gehen müssen, d. h., es werde nicht darum herkommen, bei den westlichen Kreditgebern die Umschuldung zu beantragen⁷⁾.

Daß es nicht dazu kam, ist auf die tatkräftige Unterstützung westlicher Regierungen und Banken zurückzuführen. Die Vereinigten Staaten und ihre Verbündeten waren naturgemäß an einem stabilen Jugoslawien interessiert und keinesfalls bereit, tatenlos zuzusehen, wie dieses Land in eine schwere wirtschaftliche Krise mit unabsehbaren politischen Konsequenzen geriet. Gleichzeitig kam die jugoslawische Regierung in Zugzwang. Sie mußte beweisen, daß sie nicht nur westliche Finanzhilfe entgegennehmen, sondern daß sie alles in ihren Kräften Stehende tun würde, um die Liquiditätsprobleme des Landes zu meistern. Die jugoslawische Regierung wurde diesen Erwartungen gerecht, indem sie im Oktober 1982 ein rigoroses Austerität-Programm einführte. Der Herbst 1982 markierte deutlich eine Wende in der jugoslawischen Wirtschaftspolitik und schuf die ersten Ansätze für die dritte Wirtschaftsreform in der SFRJ. Von nun an wurde die Erhaltung der äußeren Liquidität zum obersten Ziel, dem alle anderen wirtschaftlichen Interessen unterzuordnen waren.

Der Westen honorierte diese Haltung mit weiterem Entgegenkommen. Im sogenannten Zürcher Abkommen vom 17. Januar 1983 gewährten die westlichen Gläubiger Jugoslawien einen Zahlungsaufschub für die anfallenden Tilgungsraten in Höhe von 1,7 Mrd. US-Dollar. Bei der Zinszahlung war die SFRJ in den ersten sechs Monaten dieses Jahres mit 130 Mio. US-Dollar in Verzug geraten. Daraufhin erarbeiteten die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, der IWF, die Weltbank, ein Konsortium westlicher Banken sowie Vertreter 15 westlicher Regierungen

ein Kreditpaket von 4,5 Mrd. US-Dollar im laufenden Jahr für Jugoslawien⁸⁾. Das Paket gliedert sich wie folgt auf: 2 Mrd. US-Dollar entfallen auf die Geschäftsbanken, 600 Millionen auf den IWF und die Weltbank, 500 Millionen auf die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich und 1,4 Mrd. US-Dollar auf westliche Regierungen⁹⁾.

An die Annahme dieser Finanzhilfe waren Bedingungen geknüpft, zu deren Erfüllung Jugoslawien drei Bundesgesetze neu zu verabschieden hatte. Die drei Gesetze beinhalten eine Umstrukturierung des innerjugoslawischen Banken- und Devisensystems. Seit dem Sommer dieses Jahres ist die Nationalbank Jugoslawiens der einzige Partner für die westlichen Gläubiger. Zuvor waren dank der Abtretung von Bundeskompetenzen an die sechs Republiken und zwei autonomen Provinzen auch regionale Banken berechtigt, Kredite im Ausland aufzunehmen. Jetzt hat die Nationalbank die vollständige Kontrolle des Devisenverkehrs übernommen und tritt gemeinsam mit der Föderation als Garant für die Auslandsverschuldung auf. Entsprechend den neuen Gesetzen haften für die Auslandsschulden jedes einzelnen Betriebes alle mit diesem Unternehmen im Rahmen der Selbstverwaltung zusammengeschlossenen Unternehmen, dann die Gebietskörperschaften (Landkreis bzw. Republik) und schließlich als letzter Garant der jugoslawischen Staat sowie die Nationalbank. Während es früher die erste Pflicht eines Unternehmens war, die Auszahlung der persönlichen Einkommen der Beschäftigten sicherzustellen, rangiert diese Verpflichtung jetzt eindeutig hinter den kommerziellen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland. Nationalbank und Bundesregierung sorgen mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dafür, daß die Bedienung der Auslandsschulden pünktlich erfolgt. Wird nämlich ein Zahlungstermin um 15 Tage überschritten, so haftet der jugoslawische Staat mit seinem Auslandsvermögen¹⁰⁾.

Trotz dieser Maßnahmen bleibt die Verschuldungssituation der SFRJ äußerst angespannt. Jugoslawische Quellen sprechen offen davon, daß das Land auch 1984 Überbrückungskredite benötigen wird. In welchem Ausmaß diese gewährt würden, werde allerdings entscheidend von den Ergebnissen der Stabilisierungspolitik dieses Jahres abhängen¹¹⁾. Im

⁸⁾ L'Echo de la Bourse (Paris) vom 27. 7. 1983.

⁹⁾ International Herald Tribune vom 21. 7. 1983.

¹⁰⁾ Vgl. J. Reuter, Jugoslawien vor einer Wirtschaftsreform, in: Südosteuropa, 32 (1983) 7—8.

¹¹⁾ NIN vom 13. 11. 1983.

⁶⁾ Vgl. I. Reuter-Hendrichs, Die Westverschuldung der südosteuropäischen Staaten, in: Südosteuropa, 31 (1982) 10, S. 558—580.

⁷⁾ Financial Times vom 15. 11. 1982.

November erklärten Vertreter der jugoslawischen Nationalbank, die SFRJ bemühe sich für 1984 um ein Finanzhilfepaket in ähnlicher

Höhe wie 1983, um die fälligen Rückzahlungen auf Auslandskredite leisten zu können¹²⁾.

III. Die gebremste Wirtschaftsreform

Das Austerity-Programm, das die jugoslawische Bundesregierung im Oktober 1982 überwiegend auf dem Verordnungsweg erließ, markierte einen ersten Wendepunkt in der jugoslawischen Wirtschaftspolitik. Den ausländischen Kreditoren und der eigenen Bevölkerung sollte demonstriert werden, daß die SFRJ nicht länger bereit war, einem weiteren Anstieg der Auslandsverschuldung tatenlos zuzusehen.

Die Maßnahmen der Regierung waren darauf gerichtet, den Devisenabfluß aus Jugoslawien so weit wie möglich zu beschränken. Für Auslandsreisen wurde die Depotpflicht eingeführt. Jeder Jugoslawe, der ins Ausland reisen wollte, mußte bei einer dazu ermächtigten Bank oder Postsparkasse 5 000 Dinar hinterlegen. Dieser Betrag — immerhin gut ein Drittel eines durchschnittlichen Monatsverdienstes, wird erst nach Ablauf eines Jahres ohne Verzinsung zurückgezahlt. Bei der herrschenden Inflationsrate mußte jeder Reisende mit einem realen Verlust von 50 v.H. rechnen. Gleichzeitig erlassene Verordnungen und Gesetze zielten darauf ab, den Schwarzhandel mit Devisen zu unterbinden. Drastische Maßnahmen zur Einsparung von Energie wurden ergriffen. Die Rationierung des Benzins, regelmäßige Stromsperren und die Reduzierung der Temperatur in öffentlichen Gebäuden und fernbeheizten Wohnblocks sorgten für einen harten Winter in Jugoslawien. Der Dinar wurde um 20 v.H. abgewertet, um die Konkurrenzfähigkeit der jugoslawischen Exportwirtschaft zu erhöhen. Ein genereller Preisstopp sollte für stabile Verhältnisse auf dem Binnenmarkt sorgen. Scharfe Importrestriktionen sollten dazu beitragen, daß die geplante Reduzierung der Anlageinvestitionen tatsächlich verwirklicht wurde¹³⁾.

Die energischen Maßnahmen der Regierung kamen der Arbeit der nach ihrem Vorsitzenden benannten Krajgher-Kommission zuvor. Diese Kommission war bereits im Herbst 1981 vom Partei- und Staatspräsidium ins Leben gerufen und damit beauftragt worden, ein „Programm zur langfristigen Stabilisierung der jugoslawischen Wirtschaft“ auszuarbeiten.

Die Tätigkeit dieses aus 300 Fachleuten für das Wirtschafts- und Rechtssystem bestehenden Gremiums fiel ebenfalls recht langfristig aus, zumindest in Anbetracht der prekären wirtschaftlichen Lage des Landes. Der mit Spannung erwartete Schlußteil des Stabilisierungsprogramms wurde der Öffentlichkeit erst am 15. Juli 1983 vorgelegt.

Das sechzehn Zeitungsseiten füllende Papier ist eher ein Katalog von Wunschvorstellungen als ein konkretes Programm zur Wirtschaftsreform. In den einleitenden Bemerkungen wird festgestellt, Jugoslawien befinde sich in einer Wirtschaftskrise; folglich müsse die gegenwärtige Praxis grundlegend geändert werden. Als Rezept gegen die übermäßige Auslandsverschuldung, die gestörten Verhältnisse im Bereich der Reproduktion und dadurch hervorgerufene Mißstände wird empfohlen, „die Bedingungen dafür zu schaffen, daß der Arbeiter seine Existenz und Perspektive in seinem Unternehmen sowie in allen Formen des Selbstverwaltungsprozesses sieht“. Das Programm spricht sich für eine freie Preisbildung anhand der Marktgesetze, die Einheit des jugoslawischen Marktes sowie eine verbesserte Planung aus, ohne jedoch konkrete Schritte zur Erreichung dieser Ziele zu nennen¹⁴⁾. Jugoslawische Kritiker merkten an, die Zielsetzungen des Programms seien zweifellos zu begrüßen, das eigentliche Problem aber liege in seiner Operationalisierung¹⁵⁾.

Unter dem Druck des IWF, der westlichen Regierungen und Banken unternahm die jugoslawische Bundesregierung schließlich erste Schritte zur Verwirklichung des Stabilisierungsprogramms. Unter Federführung von Ministerpräsidentin Milka Planinc wurde eine Kommission gebildet, der neben den Regierungschefs der Republiken und autonomen Provinzen weitere hohe Funktionäre sowie Wissenschaftler angehören. Auf der ersten Sitzung der Kommission, die Mitte Juli stattfand, wurde beschlossen, spezielle Arbeitsgruppen zu bilden, die neue Gesetze, Vorschriften und Analysen erarbeiten sollen. Vorsitzende dieser Arbeitsgruppen sind die zuständigen Fachminister, die Präsidenten

¹²⁾ SZ vom 8. 11. 1983.

¹³⁾ Vgl. J. Reuter, Jugoslawiens Austerity-Programm, in: Südosteuropa, 31 (1982) 11—12.

¹⁴⁾ Ders., a.a.O. (Anm. 10), S. 12.

¹⁵⁾ Komunist (Belgrad) vom 28. 10. 1983.

der entsprechenden Bundeskomitees sowie weitere Regierungsmitglieder. Nach dem Plan der Bundesregierung soll das Stabilisierungsprogramm in zwei Etappen verwirklicht werden. In der ersten sind konkrete und dringliche Maßnahmen zu treffen, um ungünstige Entwicklungen im Bereich der Wirtschaft zu stoppen. Dabei geht es um die Bedienung der Auslandsschulden, die Erhöhung der Exporte in Hartwährungsländer, die Eindämmung der Inflation und die Beseitigung der Binnenverschuldung. Gleichzeitig sollen die dringlichsten Veränderungen im Bereich des Wirtschaftssystems vorgenommen werden. Davon betroffen sind das Steuersystem, das Preisbildungssystem, das System des Außenhandels und die Währungspolitik. Nach Bewältigung dieser Aufgaben soll 1985 ein ehrgeiziges Entwicklungsprogramm in Angriff genommen werden¹⁶⁾.

Anfang Dezember dieses Jahres läßt sich konstatieren, daß noch keine der im Juli angekündigten Sofortmaßnahmen auch nur im Ansatz verwirklicht wurde. Die Regierung sah sich bisher nicht in der Lage, den Delegierten des Parlaments ein Programm zur monetären und Kreditpolitik, zur Steuer- und Preispolitik vorzulegen. Ebensovienig konnte die Resolution über die wirtschaftliche Entwicklung Jugoslawiens im kommenden Jahr präsentiert werden. Auf der X. Sitzung des ZK des Bundes der Kommunisten Jugoslawiens (BdKJ) (25. Oktober 1983) erklärte der Vizepräsident der Regierung, Zvone Dragan: „Ich muß sagen, daß es uns nicht einmal in der Bundesregierung selbst gelungen ist, die erheblichen Meinungsunterschiede zu überwinden. Es gibt noch zahlreiche offene Fragen, materieller und sonstiger Natur.“¹⁷⁾ Einigkeit über die praktischen Schritte zur Verwirklichung der Reform besteht weder zwischen den Teilrepubliken und autonomen Provinzen, noch innerhalb der Partei, ja nicht einmal unter den führenden Männern der Wirtschaft. Jetzt zeigt sich, daß es ein Fehler war, das Programm zur wirtschaftlichen Stabilisierung in derart abstrakter und von konkreten Sachgehalten weitgehend gereinigter Form zu präsentieren, daß unterschiedlichen, ja sogar diametral entgegengesetzten Interpretationen Tor und Tür geöffnet sind.

Die in der jugoslawischen Presse mit vielen Vorschußlorbeeren bedachte Wirtschaftsreform ist offensichtlich ins Stocken geraten. Die Gründe dafür sind vielfältiger Natur. Mo-

tor der Reform war bisher die Bundesregierung, deren Handlungsfähigkeit durch die Verfassung ohnehin stark eingeschränkt ist. Der Bund der Kommunisten Jugoslawiens, vom Gesellschaftssystem her die einzige Quelle der politischen Macht im Lande, beschränkte sich auf ständig wiederholte Lippenbekenntnisse zu den Zielen der Reform. Es ist kennzeichnend für die politischen Verhältnisse der Nach-Tito-Ära, daß die kollektive Führung der Partei weitgehend abseits steht, wenn es darum geht, ein Problem zu lösen, das für die Geschicke des Landes von existentieller Bedeutung ist. Das Parteipräsidium wird seinen Führungsaufgaben nicht mehr gerecht, da sich ein wesentlicher Teil der politischen Macht auf die BdK-Führungen der Teilrepubliken und autonomen Provinzen verlagert hat. Die regionalen Parteiführungen haben primär die Interessen ihrer Republik im Auge und sind bestrebt, alle Entscheidungen zu blockieren, die auf eine Stärkung der Zentralgewalt hinauslaufen.

Die jugoslawische Bundesregierung sieht sich in einer schwierigen Lage. Jede ihrer wirtschaftspolitischen Entscheidungen ist zustimmungsbedürftig. Wenn nur eine einzige Republik oder autonome Provinz ihr Veto einlegt, kann eine beschlossene Maßnahme nicht durchgeführt werden. Die einzige Möglichkeit, die der Regierung bleibt, ist es, mit ihrem Rücktritt zu drohen. Von diesem Mittel, das naturgemäß nur sehr sparsam eingesetzt werden kann, hatte Ministerpräsidentin Milka Planinc im Juli dieses Jahres Gebrauch gemacht, als es darum ging, die Annahme des westlichen Finanzhilfepakets mitsamt den dazugehörigen Auflagen durchzusetzen. Gegenwärtig zieht sich durch alle wichtigen Gremien im politischen Entscheidungsprozeß der Gegensatz zwischen den Zauderern, die spöttisch als „Kosmetiker des Systems“ bezeichnet werden, und den „Radikalen“, die rasche und klare Lösungen anstreben und alles andere als „faulen Kompromiß“ verwerfen. Bisher haben sich in dieser Auseinandersetzung die „Zauderer“ durchgesetzt, da selbst dringliche Entscheidungen nicht getroffen werden konnten. Offensichtlich haben eine Reihe der politisch Verantwortlichen in Belgrad den Eindruck, die äußere Liquidität des Landes sei — zumindest vorerst — gesichert, so daß man nicht mehr unter unmittelbarem Druck oder Entscheidungszwang stehe. Daß diese Einschätzung der Dinge den wirtschaftlichen Realitäten des Landes nicht unbedingt gerecht wird, zeigen aber die bisher vorliegenden Ergebnisse des jugoslawischen Außenhandels.

¹⁶⁾ NIN vom 24. 7. 1983.

¹⁷⁾ Komunist vom 4. 11. 1983.

IV. Die Entwicklung des jugoslawischen Außenhandels

Zunächst sei daran erinnert, daß dem jugoslawischen Außenhandel für die Erhaltung der äußeren Liquidität des Landes besondere Bedeutung zukommt. Die Einnahmen aus dem Nichtwarenverkehr — Tourismus, Transport, Überweisungen der Gastarbeiter — haben ein Niveau erreicht, das kaum noch steigerungsfähig erscheint. Will Jugoslawien seine Deviseneinnahmen erhöhen, so kann dies nur durch ein kräftiges Anwachsen seiner Exporte in die Hartwährungsländer erreicht werden. Der deutliche Anstieg der Ausfuhren in den RGW-Bereich, wie er in den Jahren 1980/81 zu beobachten war, ist keine Lösung; denn der Handel mit den drei wichtigsten Partnern dieser Wirtschaftsregion — der UdSSR, der ČSSR und der DDR — wird nach wie vor nach dem Clearing-System abgewickelt. Erzielte Überschüsse werden nicht in Devisen bezahlt, sondern durch vermehrte Warenlieferungen ausgeglichen. Unter dem Gesichtspunkt der Devisensparnis kommt dem Warenaustausch zwischen Jugoslawien und seinem größten Handelspartner — der Sowjetunion — dennoch erhebliche Bedeutung zu. Die SFRJ bezieht aus der UdSSR mehr als 50 v.H. ihrer Erdölimporte sowie beträchtliche Mengen an Kohle und Erdgas. Diese Produkte, für die Jugoslawien auf dem Weltmarkt in harter Währung bezahlen müßte, erhält es von der UdSSR gegen Lieferung von Maschinen, Schiffen und Konsumgütern¹⁸⁾.

Im vergangenen Jahr exportierte Jugoslawien in die Länder mit konvertibler Währung Waren für 5,9 Mrd. US-Dollar, gleichzeitig beliefen sich die Einfuhren aus dieser Region auf 9,6 Mrd. US-Dollar, das ergab ein Handelsbilanzdefizit mit dem konvertiblen Währungsgebiet von 3,7 Mrd. US-Dollar. Nach Berücksichtigung der Einnahmen aus den unsichtbaren Transaktionen verblieb in der Leistungsbilanz ein Minus von 1,4 Mrd. US-Dollar¹⁹⁾. Sicherlich kein erfreuliches Ergebnis für ein Land, das alle Anstrengungen darauf richtete, seine Auslandsschulden zu verringern. Der ehrgeizige Plan für 1983 sah vor, die

Ausfuhren ins konvertible Gebiet um 20 v.H. zu erhöhen. Trotz der laufenden Anpassung des Wechselkurses der einheimischen Währung, die zwischen dem August 1982 und dem gleichen Monat dieses Jahres gegenüber dem US-Dollar um 95 v.H. an Wert verlor, kann das Planziel aller Voraussicht nach nicht erreicht werden. Bis Ende Oktober 1983 konnten die jugoslawischen Exporte in das konvertible Gebiet nur um 14 v.H. gesteigert werden. Immerhin sanken die Importe aus dieser Region um 12 v.H.²⁰⁾ Die Einnahmen aus dem Tourismus erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 29 v.H., gleichzeitig gingen jedoch die Überweisungen der jugoslawischen Gastarbeiter um 33 v.H. zurück. Nach ersten Hochrechnungen wird Jugoslawiens Leistungsbilanz 1983 nicht den geplanten Überschuß von 50 Mio. US-Dollar, sondern ein Defizit von ca. 680 Mio. US-Dollar aufweisen²¹⁾.

Die einschneidenden Importrestriktionen, die den Devisenabfluß auf das notwendige Mindestmaß beschränken sollten, hatten allerdings auch negative Konsequenzen. Im Oktober dieses Jahres waren 53 v.H. aller jugoslawischen Industriebetriebe ungenügend mit Rohstoffen und Reproduktionsmaterialien versorgt. Produktionsstillstände ließen sich nicht vermeiden²²⁾. Zur relativ positiven Exportbilanz bis zum Oktober trugen jedoch auch „Ausfuhren“ bei, die wirtschaftlich wenig sinnvoll, jedoch durch die angespannte Liquiditätssituation des Landes erzwungen waren. Um die fälligen Zinsen für Auslandskredite zahlen zu können, exportierte Jugoslawien Erdöl, Kunstdünger, Speiseöl und Zucker, also Produkte, die im eigenen Lande absolute Mangelware sind. Die jugoslawische Mineralölfirma INA, unter deren Regie die bescheidene Eigenförderung Jugoslawiens (3 Mio. t jährlich) steht, exportierte im Juli 1983 eine halbe Million t Rohöl, 226 000 t Erdölprodukte und 140 000 t Kunstdünger, um einen Auslandskredit pünktlich bedienen zu können²³⁾. Das derartige „Exporte“ spätestens im nächsten Jahr als Reimporte in der Statistik auftauchen, dürfte sicher sein.

V. Leben mit der Wirtschaftskrise

Der restriktive wirtschaftliche Kurs, den Jugoslawien seit fast zwei Jahren verfolgt, ver-

langt der Bevölkerung schwere Opfer im Bereich des Realeinkommens und des Konsums ab. Auf die Frage: „Wie geht es Ihnen?“ — hört

¹⁸⁾ Vgl. J. Reuter, Jugoslawiens Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion, in: R. Schönfeld (Hrsg.), Südosteuropa in Weltpolitik und Weltwirtschaft der achtziger Jahre, München 1983, S. 233—258.

¹⁹⁾ OECD-Bericht Jugoslawien 1983, S. 29.

²⁰⁾ Ekonomiska Politika vom 14. 11. 1983.

²¹⁾ Ekonomiska Politika vom 1. 8. 1983.

²²⁾ Privredni Pregled vom 26. 10. 1983.

²³⁾ NIN vom 7. 8. 1983.

man heute in Jugoslawien nicht selten die Antwort — „Danke für die Nachfrage, bald wird es uns allen noch schlechter gehen!“

Die Realeinkommen sanken 1980 um 7,5 v.H., 1981 um 5 v.H. und 1982 um nochmals 2,5 v.H. In diesem Jahr werden sie nochmals um mehr als 10 v.H. zurückgehen²⁴⁾. Die Verbraucherpreise stiegen von Januar bis September 1983 um 42,8 v.H., auf das ganze Jahr gerechnet muß mit einer Preissteigerungsrate von mindestens 50 v.H. gerechnet werden²⁵⁾. Das durchschnittliche monatliche Nettoeinkommen lag im Juli dieses Jahres bei ca. 16 000 Dinar. Eine ungefähre Vorstellung von der geringen Kaufkraft dieses Einkommens erhält man, wenn man sich die Preise für folgende Waren vor Augen führt: Ein Kilogramm Zitronen kostete im Oktober 224 Dinar, für Mandarinen und Tomaten lag der Preis bei 180 Dinar bzw. 150 Dinar²⁶⁾. Angesichts derartiger Preisverhältnisse ist es nicht erstaunlich, daß die persönlichen Einkommen durchschnittlich nur zu 62 v.H. zum Budget eines privaten Haushalts beitragen. Der Rest setzt sich aus folgenden Komponenten zusammen: Schwarzarbeit, Nebenerwerbslandwirtschaft, Überweisungen aus dem Ausland, Abhebungen vom Sparkonto²⁷⁾.

Inzwischen erklärt der Gewerkschaftsbund offen, der soziale Frieden in Jugoslawien sei gefährdet. Man müsse besondere Maßnahmen einleiten, um den Lebensstandard der ärmsten Kategorien der Bevölkerung zu schützen. Dabei geht es um den Teil der Arbeiterschaft, der keine anderen Einnahmequellen hat als den am Arbeitsplatz verdienten Lohn. Eingestuft als am Rande des Existenzminimums lebend wurden darüber hinaus folgende Gruppen: Rentner, Sozialhilfeempfänger, Schüler, Studenten, Arbeitslose. Neben der Erhöhung des Kindergelds für Bedürftige und Mietbeihilfen fordern die Gewerkschaften staatliche Preissubventionen für folgende Grundnahrungsmittel: Brot, Mehl, Milch- und Milchprodukte, Speiseöl und Fette, Zucker, Fleisch und Fleischkonserven. Darüber hinaus sollen die wichtigsten kommunalen Dienstleistungen subventioniert werden²⁸⁾.

Die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft zeigte sich auch darin, daß die Anzahl der Streiks im ersten Halbjahr 1983 merklich anstieg. Bekanntlich sind Streiks in Jugoslawien weder verboten noch ausdrücklich gestattet. Kommt

es in einem Betrieb zur Arbeitsniederlegung, so erklärt die zuständige regionale Parteiführung regelmäßig, die Arbeiter hätten für eine bessere Durchführung der Selbstverwaltung in der Praxis gestreikt. Gleichzeitig muß sich die Gewerkschaft den Vorwurf gefallen lassen, sie habe versagt. Im ersten Halbjahr 1983 gab es in ganz Jugoslawien 172 Streiks, an denen ca. 12 000 Arbeiter teilnahmen. Bisher gibt es jedoch keinerlei Verbindung oder Abstimmung unter den Streikkomitees, so daß ein Streik in der Regel auf ein Unternehmen beschränkt bleibt. Nach Angaben der Gewerkschaft gibt es jetzt erstmals Streiks, die nicht auf Lohnerhöhungen oder die Beseitigung von Mißständen im Betrieb zielen, sondern der „Unzufriedenheit mit der allgemeinen Situation“ entspringen. Gleichzeitig warnen die Gewerkschaften, die Motivation zur Arbeit sei durch den niedrigen Lebensstandard ernstlich gefährdet²⁹⁾.

Die Arbeitslosenrate in Jugoslawien liegt gegenwärtig bei 12 v.H.: bezieht man die 675 000 in Westeuropa lebenden Gastarbeiter in diese Rechnung ein, so erhöht sich die Rate auf 20 v.H. Wegen des Zustroms von Jugendlichen und zurückkehrenden Gastarbeitern (ca. 80 000 jährlich) rechnet man für das kommende Jahr mit 1,26 Millionen Arbeitslosen³⁰⁾.

Der ausländische Besucher kann den Eindruck gewinnen, als sei die Versorgungslage in Jugoslawien gut. Die Schaufenster der Geschäfte sind wohlgefüllt, die Käuferschlangen, die noch im Oktober das Straßenbild prägten, sind verschwunden. Doch der Schein trügt. Nicht das Warenangebot, sondern die Preise sind so stark gestiegen, daß die meisten Produkte für den Durchschnittskäufer unerschwinglich teuer sind. Anfang November wurde das Bezugsscheinsystem für Zucker, Kaffee, Speiseöl und Waschmittel aufgehoben. Solange das Bezugsscheinsystem existierte und diese Waren im Preis relativ günstig lagen, waren die Regale der Geschäfte leer. Jetzt, da die Regale wohlgefüllt sind, hat kaum jemand Geld, um diese Produkte zu kaufen³¹⁾.

Noch zu Beginn der siebziger Jahre stellten die Jugoslawen voller Stolz fest, sie hätten jetzt in ihrem Lebensstandard das Niveau Italiens aus den fünfziger Jahren erreicht. Innerhalb von zehn Jahren werde es gelingen, mit Italien gleichzuziehen. Diese optimistische Prognose kann längst nicht mehr aufrechterhalten werden. Jugoslawien steht heute auf

²⁴⁾ NIN vom 13. 11. 1983.

²⁵⁾ Ekonomika Politika vom 7. 11. 1983.

²⁶⁾ NIN vom 13. 11. 1983.

²⁷⁾ Danas (Zagreb) vom 26. 6. 1983.

²⁸⁾ RAD (Belgrad) vom 16. 9. 1983.

²⁹⁾ Danas vom 27. 9. 1983.

³⁰⁾ Borba vom 21. 9. 1983.

³¹⁾ NIN vom 6. 11. 1983.

dem gleichen Entwicklungsniveau wie Portugal, mit dem Unterschied, daß der Pro-Kopf-Verbrauch in Portugal derzeit um 20 v.H. höher liegt. Nach offiziellen Hochrechnungen werden die Jugoslawen 1990 ihren Lebensstandard von 1980 erreichen³²⁾. Es ist außerordentlich schwer vorherzusagen, ob die wirtschaftlich begründete Unzufriedenheit der

Bevölkerung in eine politisch motivierte umschlagen wird; denn ein außerordentlich hohes Maß an Geduld ist die gemeinsame Eigenschaft aller jugoslawischen Völker. Dennoch bleibt festzustellen, daß eine deutliche Verschlechterung der gegenwärtigen Situation die Toleranzgrenze weiter Bevölkerungsschichten überschreiten würde.

VI. Das Kosovo-Problem

Die anhaltende Wirtschaftsmisere hat aus dem Bewußtsein mancher Jugoslawen die Tatsache verdrängt, daß in der südlichsten Provinz des Landes ein politischer Unruheherd existiert, der — zumindest langfristig — die Einheit des Vielvölkerstaats zu untergraben droht. Die Provinz Kosovo, die eine gemeinsame Grenze zum Nachbarland Albanien aufweist, wird nicht zu Unrecht als das „Armenhaus Jugoslawiens“ bezeichnet. Tatsächlich erinnern die grundlegenden Charakteristika Kosovos mehr an ein Land der Dritten Welt als an eine Region in Europa. Das Pro-Kopf-Einkommen liegt unter 1 000 US-Dollar und beträgt damit nur ein Drittel des jugoslawischen Durchschnitts. Die Geburtenrate ist mit 27,4 pro Tausend die höchste in Europa. Die Analphabetenrate ist im Vergleich zum nationalen Durchschnitt doppelt so hoch. Als ein jugoslawischer Ökonom die hochentwickelte Republik Slowenien mit Kosovo verglich, traf er die Feststellung: „Bei uns gibt es Westdeutschland und Indien innerhalb eines einzigen Landes!“³³⁾

Die Albaner stellen derzeit fast 80 v.H. der Bevölkerung Kosovos. Die 1,7 Millionen Albaner Jugoslawiens, die auch Teile der Republiken Montenegro und Mazedonien bewohnen, sind aus einem Staat, der sich Jugoslawien, d. h. „Land der Südslaven“, nennt, eigentlich schon per definitionem ausgeschlossen. Sie sind keine Slaven, sprechen eine Sprache, die den übrigen jugoslawischen Völkern unverständlich ist, und bekennen sich zudem in ihrer Mehrheit zum Islam. Bis zum Sturz von Innenminister Ranković (1966) wurden die Albaner in Jugoslawien grausam unterdrückt. Ihre nationalen Rechte standen nur auf dem Papier. Serbische Beamte und die von Serben geleitete Geheimpolizei übten die Herrschaft in Kosovo aus, das als „Autonomes Gebiet Kosmet“ (Kontraktion aus Kosovo und Meto-

hija) Teil der Republik Serbien war. Zwei Jahre nach Ranković Sturz kam es in Kosovo und in den übrigen von Albanern besiedelten Gebieten zu heftigen Demonstrationen unter nationalistischem Vorzeichen. Um der wachsenden Unruhe in dieser Region zu begegnen, fand sich Tito zu Konzessionen bereit. Kosovo wurde in den Status einer autonomen Provinz erhoben, die dominierende Rolle der Serben, die damals noch 30 v.H. der Bevölkerung stellten, war ein für alle Mal dahin.

In den Jahren zwischen 1968 und 1980 vollzog sich dann fast unbemerkt von den Augen der jugoslawischen Öffentlichkeit die weitere Albanisierung der Provinz. Es wurden enge Kontakte zu Tirana hergestellt, die Provinz begann, ein Eigenleben zu führen, auf das die Republik Serbien, zu deren Bestand sie ja gehörte, kaum noch einen Einfluß hatte. Die Rückständigkeit Kosovos, die in Übervölkerung und Arbeitslosigkeit zum Ausdruck kam, bildete einen guten Nährboden für anti-serbische und antijugoslawische Propaganda. Im April 1981 brachen in der Provinz schwere Unruhen aus. Tausende von Demonstranten zogen durch die Hauptstadt Priština und fünf weitere Städte, demolierten Autos, Schaufenster und öffentliche Gebäude. Die Parolen der Demonstranten, die durch Lautsprecher, Transparente und Flugblätter verbreitet wurden, lauteten: „Wir wollen eine Republik Kosovo“ — „Wir sind Albaner und keine Jugoslawen“ — „Wir fordern ein Großalbanien“. Bei den anschließenden gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und Ordnungskräften wurden nach offiziellen Angaben neun Menschen getötet und 257 z. T. schwer verletzt.

In Wirklichkeit dürften diese Zahlen um ein Vielfaches höher gelegen haben. Nach Belgrader Version waren die Demonstrationen das Werk einiger weniger radikaler Gruppen, denen es gelang, Leichtgläubige zu verführen und Widerstrebende zur Teilnahme zu bewegen. Daß es sich im Frühjahr 1981 jedoch um einen allgemeinen Aufruhr der albanischen

³²⁾ *Ekonomiska Politika* vom 3. 10. 1983.

³³⁾ Vgl. F. Singleton, *Yugoslavia: economic grievances and cultural nationalism*, in: *The World Today*, (1983) 7—8, S. 57.

Bevölkerung handelte, ist inzwischen erwiesen. Der über die Provinz verhängte Ausnahmezustand konnte selbst ein Jahr nach den Ereignissen noch nicht aufgehoben werden³⁴⁾.

Auch heute, gut zweieinhalb Jahre nach den Demonstrationen in Kosovo, stellt die Zeitschrift *Komunist*, das offizielle Organ des BdkJ, fest, man könne mit der Sicherheitslage in der Provinz bei weitem nicht zufrieden sein. Der „innere Feind“, der nach wie vor eine Vereinigung Kosovos mit dem Mutterland Albanien anstrebe, sei in den meisten Landkreisen weiterhin sehr aktiv. Er verbreite überall seine Pamphlete und Parolen und schrecke weder vor Sabotage noch vor sonstigen gewaltsamen Aktionen zurück³⁵⁾. Allein in den ersten drei Monaten dieses Jahres wurden in Kosovo neun „feindliche Gruppen“ mit insgesamt 170 Mitgliedern festgenommen. Konstatiert wurde, daß die Aktivität proalbanischer Gruppen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zugenommen hat³⁶⁾.

Es liegt auf der Hand, daß Jugoslawiens Beziehungen zum Nachbarland Albanien seit den blutigen Unruhen völlig vergiftet sind. Wechselseitige Polemiken sind an der Tagesordnung; das Niveau der Auseinandersetzungen erinnert an die Propaganda im Gefolge der Kominformkrise. Enver Hoxha tritt zwar nicht offen für eine Vereinigung Kosovos mit dem Mutterland Albanien ein, doch er unterstützt nachdrücklich die Forderung der Kosovo-Albaner nach einer eigenen Republik innerhalb der jugoslawischen Föderation. Diese Forderung läßt sich durch gewichtige bevölkerungspolitische Argumente untermauern. Die Bevölkerungsdichte der Albaner in Kosovo ist höher als die der Montenegriner in Montenegro, zudem gibt es in ganz Jugoslawien mehr Albaner als Mazedonier. Dennoch hat diese Forderung keinerlei Chance auf Verwirklichung, zumal sie in Resolutionen des BdkJ als „konterrevolutionär“ verurteilt wurde. Der Republikstatus für Kosovo wird in Belgrad lediglich als das logische Durchgangsstadium für eine Vereinigung mit Albanien angesehen.

Gerade die Serben wären jedoch niemals bereit, auf Kosovo zu verzichten, das in ihrem nationalen Selbstverständnis eine entscheidende Rolle spielt. Kosovo war das Herzstück des mittelalterlichen serbischen Reiches; daher ist die Vorstellung, daß die „Wiege des serbischen Staates“ für immer verlorengeht,

für jeden Serben unerträglich. Mit um so größerer Sorge betrachtet man gerade in Belgrad eine Entwicklung in Kosovo, die sich in jüngster Zeit mit immer rascherem Tempo vollzieht: die Abwanderung der Serben aus dieser Provinz. Noch 1961 betrug die numerische Relation zwischen Albanern und Serben in Kosovo 67 : 24, 1981 lag sie bei 77,5 : 13. Was bei den Serben besondere Verbitterung hervorruft, ist die Tatsache, daß diese Verschiebung nicht allein auf die höhere Geburtenrate der Albaner zurückzuführen ist. Der serbische Bevölkerungsanteil ist einem massiven Druck zur Abwanderung ausgesetzt. Die Palette dieser Pressionen reicht von sozialer Ächtung über die Beschädigung serbischen Eigentums bis hin zu offener physischer Gewalt. Allein im ersten Jahr nach den Unruhen von 1981 verließen 11 000 Serben ihre Heimat³⁷⁾.

Die Forderung nationalistisch gesinnter Albaner nach einem „ethnisch reinen“ Kosovo ist in zahlreichen Landkreisen der Provinz bereits verwirklicht. In 666 von insgesamt 1 435 Gemeinden (am ehesten dem deutschen Landkreis vergleichbar) lebt inzwischen kein einziger Serbe oder Montenegriner mehr. In weiteren 150 Gemeinden sank der serbische Bevölkerungsanteil auf 3 v.H. ab. In 197 Gemeinden der Provinz lebt kein einziger Albaner. In den Städten Pristina, Prizren, Peć, Titova Mitrovica, Djakovica, Uroševac und Gnjilane — in denen ein Viertel der Gesamtbevölkerung Kosovos lebt — verminderte sich der Anteil der Serben und Montenegriner in den letzten zwei Jahrzehnten von 31,3 auf 16,6 v.H. Seit den Unruhen vom April 1981 ist in diesen Städten eine Art freiwilliger „Apartheid“ zu beobachten. In den Kaffeehäusern sitzen entweder nur Albaner oder nur Serben und Montenegriner, ein gemischtes Publikum wie in früheren Jahren gibt es nicht mehr. Auch in Schulen und Kindergärten herrscht strikte Trennung entsprechend der ethnischen Zugehörigkeit. Selbst beim abendlichen „Corso“ durch die Fußgängerzonen der Städte beanspruchen Albaner drei Viertel der Straße, während ein Viertel den Serben vorbehalten bleibt. Die beruflichen Kontakte zwischen Serben und Albanern werden demonstrativ auf das absolute Minimum beschränkt. Hier gibt es — zumindest in der jüngeren Generation — auch ein objektives Hindernis: die nicht mehr gegebene Zweisprachigkeit. Bis zum Schuljahr 1967/68 war die serbokroatische Sprache Pflichtfach in den Schulen Kosovos, während die albanische Sprache den Status eines Wahlfachs hatte. Danach wurde

³⁴⁾ Vgl. J. Reuter, *Die Albaner in Jugoslawien*, München 1982, S. 9—24.

³⁵⁾ *Komunist* vom 2. 9. 1983 und 18. 11. 1983.

³⁶⁾ *Komunist* vom 24. 6. 1983.

³⁷⁾ F. Singleton, a.a.O. (Anm. 33), S. 60.

das Prinzip der Freiwilligkeit proklamiert, das noch heute gilt. Zwar nehmen albanische wie serbische Schüler am Unterricht in der Nicht-muttersprache teil, doch sind die Ergebnisse bei einer einzigen Wochenstunde und nicht sehr ausgeprägtem Lernerifer dürftig³⁸⁾.

Berücksichtigt man den von albanischen Nationalisten gewaltsam geförderten Trend zur Abwanderung der Serben und Montenegriener aus Kosovo, so ist damit zu rechnen, daß Angehörige dieser Völker im Jahr 2000 nur noch eine verschwindend kleine Minderheit in Kosovo darstellen werden. Die sich abzeichnende totale Albanisierung der Provinz macht ihren Verbleib in der jugoslawischen Föderation — langfristig gesehen — immer unwahrscheinlicher. Gegenwärtig ist man in Belgrad noch zu großen finanziellen Opfern bereit, um die wirtschaftliche Entwicklung der Provinz auf einem erträglichen Niveau zu halten. Die politische Führung in Belgrad machte zudem durch den massiven Einsatz von Militär und Polizei deutlich, daß sie nicht gewillt ist, jemals ihre Zustimmung zum Ausscheiden Kosovos (geschweige denn der übrigen von Albanern besiedelten Gebiete) aus der jugoslawischen Föderation zu geben. Schon jetzt ist allerdings zu erkennen, daß Belgrads traditionelle Konzeption, den albanischen

Nationalismus durch innerjugoslawische Wirtschaftshilfe zu neutralisieren, gescheitert ist. Nach den Ereignissen vom April 1981 dürfte selbst den größten Optimisten klar geworden sein, daß es niemals gelingen wird, die Kosovo-Albaner in staatstragende Jugoslawen zu verwandeln. Die jugoslawienfeindliche Haltung, die ein Großteil dieser Albaner an den Tag legt, bedeutet jedoch nicht, daß sie den Anschluß an Albanien anstreben. Die fehlende persönliche Freiheit, die Allmacht der Geheimpolizei und die totale Unterdrückung der Religion lassen den Staat von Enver Hoxha wenig attraktiv erscheinen. Sollten sich die Verhältnisse im Albanien der Nach-Hoxha-Ära aber liberalisieren, so würden die irredentistischen Bestrebungen in Kosovo mit Sicherheit einen starken Aufschwung nehmen.

Es ist jedoch keineswegs so, daß sich die 1,7 Millionen jugoslawischen Albaner die Wiedervereinigung mit ihren 2,5 Millionen Landsleuten einzig und allein als eine Art „Heimkehr ins Reich“ vorstellen können. Gerade die äußerst selbstbewußten Kosovo-Albaner sehen das Zentrum des nationalen Lebens nicht unbedingt in Tirana. Bereits während der Unruhen des Jahres 1968 wurde der Gedanke laut, Kosovo könne die Rolle eines „Piemonts“ Albanien spielen, d. h. der Kristallisationskern eines künftigen albanischen Staates werden.

³⁸⁾ NIN vom 2. 10. 1983 und J. Reuter, Bildungspolitik in Kosovo, in: Südosteuropa, 32 (1983) 1.

Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Ungarn

Entwicklung und Aussichten

Es ist nicht übertrieben zu behaupten, daß sich die ungarische Wirtschaft in ihrer historischen Entwicklung in einer entscheidenden Periode befindet, in der sie sowohl den Herausforderungen der Weltwirtschaft als auch den notwendigen binnenwirtschaftlichen Wandlungen gerecht werden soll. Den Beginn dieses Zeitabschnittes repräsentiert die 1979 angekündigte neue Wirtschaftspolitik, die

sich als Ziele Verbesserung und Stabilisierung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts setzte. Diese außenwirtschaftliche Prioritätensetzung fiel zeitlich mit der Intensivierung der im ersten Drittel der siebziger Jahre in den Hintergrund gedrängten binnenwirtschaftlichen Reformtendenzen zusammen.

I. Die neue Phase der Wirtschaftsreform¹⁾

Zehn Jahre nach Einführung des neuen ungarischen Lenkungssystems kann jedoch nicht mehr von einer fast automatischen Neubelebung der einstigen Reformgedanken gesprochen werden: Es geht jetzt vielmehr auch um die Neubestimmung und Erweiterung früherer Reformziele.

Die reformhemmenden Kräfte, die sich nach 1972 entfalteten und teilweise auf bestimmte ungünstige Entwicklungen aus den vorangegangenen Jahren (vor allem die Zuspitzung der Wettbewerbsprobleme von Großunternehmen, die einsetzenden Tendenzen einer Einkommensdifferenzierung usw.) zurückgingen, waren schon eindeutig beherrschend, als die Preisproportionen auf dem Weltmarkt drastische Verschiebungen erfuhren und der Zwang zu Strukturwandel und Anpassung bedeutende Wandlungen in den einzelnen Volkswirtschaften vorbereitete. In dieser Periode hat die ungarische Wirtschaft wertvolle Jahre einer stufenweisen Anpassung verloren. Heute ist bereits deutlich erkennbar, daß die Unterbrechung des Reformprozesses zahlreiche negative Konsequenzen für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung Ungarns mit sich brachte²⁾.

Zwar stellte das Jahr 1979 die politisch-wirtschaftlichen Grundlagen der Reformversuche wieder her, aber im internationalen Umfeld

und in den allgemeinen Erwartungen gegenüber der Reform gibt es jedoch eine Reihe wichtiger Änderungen. War die Reform 1968 eine von mehreren wirtschaftspolitischen Varianten, so erscheint sie nach 1979 praktisch als die einzige Möglichkeit zur Milderung der Wirtschaftsprobleme und Erreichung des weltwirtschaftlichen Anschlusses.

Ein weiterer Unterschied besteht darin, daß 1968 hauptsächlich binnenwirtschaftliche Überlegungen der Einführung der neuen Wirtschaftslenkung zugrunde lagen (Dynamisierung der Wachstumsrate, bessere Nutzung der im allgemeinen noch hinreichend zur Verfügung stehenden Produktionsfaktoren, verstärkte Harmonie zwischen der eine rasche Strukturmodernisierung durchführenden Realsphäre und den zentralen Planungsmethoden). Nach 1979 dienten die Reformmaßnahmen hingegen vor allem dazu, das kritisch gewordene außenwirtschaftliche Ungleichgewicht zu mildern und die Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Produkte zu steigern. Anders formuliert: Die Reform weitet sich aus und bezieht die Außenwirtschaft ein. Sie versucht, eine Einheit von Außen- und Binnenwirtschaft herzustellen, was für eine der offensten Wirtschaften der Welt unbedingt notwendig ist.

Aus dieser weltwirtschaftlichen Verknüpfung läßt sich ein dritter Unterschied ableiten: 1968 wurde die langfristig stabile außenwirtschaftliche Umgebung als wichtige Voraussetzung (und Fixpunkt) für den Reformprozeß formuliert³⁾. Nach 1979 kann die Reform nicht

¹⁾ Einige ungarische Autoren sprechen von der dritten, andere von der vierten Phase der Reform. Mir scheint die Auffassung wirklichkeitsnäher, die die historische Kontinuität des Reformprozesses betont.

²⁾ F. Havasi, *Gazdaságunk az új növekedési pályán* (Die ungarische Wirtschaft auf dem neuen Wachstumspfad), in: *Közgazdasági Szemle*, (1982) 7—8.

³⁾ In dieser Periode verbesserte sich die Wettbewerbsfähigkeit ungarischer Produkte; die Warenstruktur der Ausfuhr begann sich auf verarbeitete

nur nicht mit dieser Umgebung rechnen, sondern sie hat überdies die Aufgabe, bei Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage die Reserven zu mobilisieren, die eine entsprechende Antwort auf die Herausforderungen geben könnten.

Diese Antwort — und das ist gleichzeitig der vierte Unterschied — kann nicht mehr auf

den eng genommenen Wirtschaftsbereich beschränkt bleiben: Anfang der achtziger Jahre wurde in Ungarn allgemein zur Kenntnis genommen und anerkannt, daß sich der wirtschaftliche Reformprozeß nur dann wie vorgesehen entfalten kann, wenn gleichzeitig entsprechende organisatorische und institutionelle Veränderungen durchgeführt werden.

II. Außenwirtschaftliche Sachzwänge

Ungarns außenwirtschaftliche Umgebung begann sich schon 1973/74 spürbar zu verschlechtern. Dies mußte für Ungarn Folgen haben; denn etwa 50% des Nationaleinkommens wird exportiert, wobei seit Mitte der siebziger Jahre je ein Viertel in den RGW-Handel (Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe) bzw. in den extraregionalen Handel fließt. Dies bedeutet eine Angewiesenheit auf *jeden* der beiden Hauptmärkte, die dem *allgemeinen* Verflechtungsgrad der westeuropäischen Wirtschaften gleichkommt.

Die ungarische Wirtschaft ist energie- und rohstoffarm, so daß die Preissteigerungen auf beiden Märkten sie notwendigerweise außerordentlich hart treffen mußten. Die terms-of-trade-Verschlechterung hat einen Verlust herbeigeführt, der zwischen 1973 und 1980 etwa 80% des Zuwachses des Nationaleinkommens betrug. 1980 mußte die ungarische Wirtschaft etwa 20% mehr exportieren, um eine Einheit ihrer Einfuhr bezahlen zu können.

Der Umstand, daß die ungarischen Exportpreise bei allen wichtigen Produktgruppen und im Verhältnis zu den entsprechenden Importpreisen unterdurchschnittlich wuchsen, weist darauf hin, daß sich Struktur und Qualität der Ausfuhr an den im internationalen Maßstab erfolgten Wandlungsprozeß nicht oder nur teilweise und überdies langsam anpaßten. Trotzdem war es eine gewisse Zeit möglich, das außenwirtschaftliche und vor allem das Handelsdefizit durch reichhaltig vorhandene und auch im Interesse der westlichen Wirtschaften liegende Kredite zu finanzieren. Ein beachtlicher Teil dieser Kredite konnte sogar zur Entwicklung der unver-

ändert rasch wachsenden ungarischen Wirtschaft (vor allem zur Durchsetzung priorisierter industriepolitischer Ziele) herangezogen werden. 1978 erreichte der Schuldenstand und mehr noch das Handelsdefizit in konvertierbarer Währung jedoch ein Niveau, das es notwendig machte — ungeachtet der fortschreitenden Verschlechterung der internationalen Wirtschaftslage und der sich abzeichnenden Wandlungstendenzen der politischen Großwetterlage —, die verfolgte Wirtschaftspolitik kritisch zu überprüfen.

Im Ergebnis wurde der allmähliche Abbau des Handelsdefizites (vorwiegend durch Steigerung der Exportfähigkeit und in geringerem Maße durch Verlangsamung des Importwachstums) als Grundziel deklariert. Eine ausgeglichene Außenhandelsbilanz wurde für Ende des sechsten Fünfjahrplans (1981—1985) geplant. Offenbar hätte diese stufenweise Anpassung nur relativ bescheidene Opfer bei der Wachstumsrate, der Investitionstätigkeit und im Verbrauch der Bevölkerung erfordert.

Eine Reihe internationaler und nationaler Entwicklungen hat jedoch dazu geführt, daß das Handelsdefizit viel radikaler und viel früher abgebaut werden mußte, als vorgesehen. Die tiefe und andauernde Rezession in den Industrieländern, der zunehmende Protektionismus⁴⁾, handelspolitische Dispräferenzen sowie die eindeutige Konzentration der ungarischen Westausfuhr auf das von der Krise überdurchschnittlich betroffene Westeuropa haben der Exportsteigerung enge Grenzen gesetzt. Der Absatz der ungarischen Export-

Industriegüter zu konzentrieren; die westliche Nachfrage war im allgemeinen lebhaft. Mit Ausnahme der EG-Agrarmarktordnung gab es wenig protektionistische Hindernisse. Als Ergebnis dieser günstigen Umfeldbedingungen konnte Ungarn 1972 und 1973 — im Gegensatz zum langfristigen Trend — Überschüsse in seinem Westhandel realisieren.

⁴⁾ In der ungarischen Ausfuhr in konvertierbarer Währung spielen Agrargüter, Stahlerzeugnisse, Textilien und petrochemische Grundstoffe eine wichtige Rolle. Diese Güter machen mehr als 50% der ungarischen Ausfuhr in die EG aus, ein viel höherer Anteil als bei den anderen europäischen RGW-Ländern. Eingehender s.: A. Inotai, Die Außenwirtschaftsbeziehungen der VR Ungarn unter dem Gesichtspunkt der Ost-West-Zusammenarbeit, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1980.

produkte, vor allem der der Maschinenindustrie, hinkte dem Plan hinterher. Auf zahlreichen für Ungarn wichtigen Warenmärkten kam es zu teilweise drastischen Preisstürzen. Zwischen 1980 und 1982 ging der Aluminiumpreis um 40%, der für Aluminiumhalbwaren um 30%, für Bauxit um 10% zurück. Eine Tonne Getreide konnte 1981 für 220, 1982 nur für 180 \$ verkauft werden. Die entsprechenden Preise für Mais lagen bei 164 bzw. 120, für Schlachtvieh bei 1 435 bzw. 1 280 \$. Insgesamt hat der Preisverfall bei petrochemischen und Stahlprodukten 110 Millionen, bei landwirtschaftlichen Gütern etwa 150 bis 170 Millionen \$ Exporterlösausfälle bewirkt⁵⁾.

Gleichzeitig machten sich auch im RGW-Handel limitierende Faktoren bemerkbar: Zwar stiegen die Preise der aus dem RGW importierten Rohstoffe und Energieträger (vor allem Erdöl) nur allmählich und zeitlich verschoben, aber schließlich wurde auch die ungarische Handelsbilanz zunehmend belastet. Inzwischen konnten die erwünschten Mengen von Roh- und Grundstoffen, die eine wirtschaftliche Kapazitätsauslastung der ungarischen Industrie ermöglichten, immer weniger aus dem RGW-Bereich bezogen werden. Es ist auch zu berücksichtigen, daß sich die ungarischen Preisverhältnisse in den siebziger Jahren gegenüber den Entwicklungs- und OECD-Ländern verschlechterten, während sich dieser Prozeß nach 1979 umkehrte. Zwischen 1978 und 1982 stand einer terms-of-trade-Verbesserung von 1,5 Prozentpunkten im Nicht-Rubelhandel⁶⁾ eine Verschlechterung von beinahe 10 Punkten im RGW-Bereich gegenüber. Schließlich muß man in den letzten Jahren auch von einer „Verhärtung“ und relativen Einengung des früher für unendlich groß gehaltenen RGW-Absatzmarktes sprechen: Die Ansprüche sind gestiegen, die Tauschprodukte stehen nicht immer zur Verfügung, die Wachstumsraten sind auch in den anderen RGW-Ländern gefallen, mit unausweichlichen Konsequenzen für die Investitions- und Einfuhrstätigkeit⁷⁾. In diese Situation fiel die erhebliche Aufwertung des Dollar, eine dra-

stische Steigerung des Zinsniveaus und ein von politischen Überlegungen nicht ganz unabhängiger Verhaltenswandel in der internationalen Finanzwelt. Im Laufe der Entwicklung war nicht nur der von westlichen Banken vorausgesetzten sogenannten Regenschirmtheorie jede Grundlage entzogen, sondern es breitete sich (und dies war das Gefährlichere) eine Stimmung aus, die Zahlungsunfähigkeit eines sozialistischen Landes als die Zahlungsunfähigkeit aller RGW-Länder zu antizipieren. In dieser Lage erhielt Ungarn zwischen Mai 1981 und August 1982 auf den westlichen Märkten keinen Kredit, während zugleich im Frühjahr 1982 binnen weniger Wochen ein bedeutender Teil der in Ungarn zurückgelegten ausländischen Gelder abgezogen wurde⁸⁾.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit Ungarns in dieser Situation absolute Priorität beigemessen werden sollte. Das bedeutet aber, daß der ungarische Handel in konvertierbarer Währung nicht erst 1985, sondern schon im Jahre 1982 einen beträchtlichen Überschuß erwirtschaften mußte. Von 1983 an sollen dann Handelsüberschüsse, die diejenigen aus dem Jahre 1982 um die Hälfte übersteigen, zum absoluten Abbau des Schuldenbestandes führen. In Zahlen ausgedrückt heißt das: der etwa 500 Millionen Dollar starke Überschuß in 1982 soll in den kommenden Jahren ständig in der Größenordnung von 750 bis 800 Millionen Dollar bleiben.

Selbstverständlich erwies es sich soweit als unerlässlich, bestimmte ältere binnenwirtschaftliche Vorstellungen neu zu formulieren. Die Ist-Werte der Wachstumsraten des Nationaleinkommens mußten notwendigerweise hinter der im Plan für 1981 bis 1985 aufgezeigten Dynamik zurückbleiben. Noch mehr traf dies für den im Inland verwendbaren Anteil des Nationaleinkommens zu. Die Realisierung eines Handelsüberschusses in konvertierbarer Währung, der in der ungarischen Wirtschaftsentwicklung ohnegleichen ist, erforderte eine sofortige und kräftige Importdrosselung und gleichzeitig eine breit angelegte Exportstrategie. Hinsichtlich der inländischen Verwendung des Nationaleinkommens wurde eine Entscheidung für die Priorität der störungsfreien Versorgung der Bevölkerung, d. h. für die Stabilhaltung des Lebensstandards getroffen. Andererseits mußte aber

⁵⁾ F. Havasi, Az 1982. évi gazdasági fejlődés fő vonásai és az 1983. évi feladatok (Die wichtigsten Züge der Wirtschaftsentwicklung im Jahre 1982 und die Aufgaben für 1983), in: Társadalmi Szemle, (1983) 1.

⁶⁾ Die ungarische Außenhandelsstatistik weist eine zweifache Verteilung des Außenhandels aus: sozialistische Länder (alle RGW-Länder, Jugoslawien, VR China, Albanien, VDR Korea) und nicht-sozialistische Länder einerseits sowie Verrechnungen in Rubel und Hartwährungen (sog. Nicht-Rubelhandel) andererseits.

⁷⁾ B. Bagota/B. Garam, Mit kell tudni a hatodik ötéves tervről? (Wissenswertes über den sechsten Fünfjahresplan), Budapest 1981.

⁸⁾ Für die Geschichte dieser Monate siehe J. Fekete, Problems of International Indebtedness — as seen from Hungary, in: The New Hungarian Quarterly, (1983) 90.

Tabelle 1 Die wichtigsten Kennziffern der ungarischen Wirtschaft
(in % zum Vorjahr)

	1979	1980	1981	1982	1979—82 (1978=100)
Nationaleinkommen	101,9	99,2	102,5	102,2	105,9
Inländische Verwendung des Nationaleinkommens	94,5	98,1	100,6	98,6	92,0
— Verbrauch	103,1	101,1	103,0	101,2	108,6
— Verbrauch der Bevölkerung	102,4	100,9	102,8	101,0	107,3
— Akkumulation	75,1	88,7	91,4	86,7	52,8
Industrieproduktion	103,0	97,9	102,8	102,4	106,1
Landwirtschaftliche Produktion	99,0	104,0	101,9	107,6	112,9
Index der Verbraucherpreise	108,9	109,1	104,6	106,9	132,8
Geldeinkommen der Bevölkerung	109,1	109,5	107,4	108,1	138,7
— Löhne und Gehälter ^{a)}	106,4	102,6	104,4	105,0	119,7
Lebensstandard	100,2	100,4	102,7	101,1	104,5
Ausfuhr	117,2	99,6	106,5	108,4	134,8
Einfuhr	102,6	97,1	104,8	103,4	108,0
Außenhandelsbilanz ^{b)} (in Mrd. Ft)	-15,8	-7,6	-1,7	+12,6	

^{a)} ohne Landwirtschaft

^{b)} ohne Transportkostenbilanz

Quelle: Központi Statisztikai Hivatal, Statisztikai Évkönyv (Statistisches Zentralamt, Statistisches Jahrbuch), versch. Jg. und eigene Berechnungen.

die Investitionstätigkeit starke Einbußen hinnehmen⁹⁾. Das Verhältnis zwischen Verbrauch und Akkumulation, das in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bei 75 : 25 lag, verschob sich auf 83 : 17 (1981) und wird für 1983 bei 87 : 13 erwartet. Infolge der anhaltenden Rezession des Welthandels und der weiterhin langsamen Anpassung im Inland sah sich die Regierung gezwungen, das 1978 formulierte Doppelziel (das in den letzten Jahren trotz aller Schwierigkeiten durchgehalten werden konnte), nämlich die Einheit der Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und des erreichten Lebensstandards, zugunsten des ersten zu modifizieren¹⁰⁾. Der Jahresplan für

1983 sieht eine Abnahme der Reallöhne im Durchschnitt von 1,5 bis 2% und einen Rückgang des Privatverbrauchs von 0,5 bis 1% vor¹¹⁾.

Wie ist nun unter diesen außerordentlichen Umständen die Leistung der ungarischen Wirtschaft zu beurteilen? Die in Tabelle 1 zusammengefaßten Angaben weisen darauf hin, daß der zwischen 1979 und 1982 durchgeführte Bahnwechsel der ungarischen Wirtschaft zwar in einer verlangsamten Wachstumsdynamik zum Ausdruck kam, aber ohne die wichtigsten Gleichgewichtsverhältnisse gestört zu haben. Das Nationaleinkommen zeigt nach der Stagnation in den Jahren 1979 und 1980 eine bescheidene Belebung: eine für eine ressourcenknappe Wirtschaft nicht geringzuschätzende Leistung im Kontext der weltweiten Rezession. Im ganzen Zeitraum konnte man die inländische Verwendung des Nationaleinkommens unterhalb des produzierten halten. Die Industrieproduktion nahm

die mit der niedrigen Akkumulationsrate, den den Lebensstandard betreffenden Maßnahmen, sowie den die Wirtschaftstätigkeit der Unternehmen strenger kontrollierenden Regelungsmodifizierungen verbunden sind", in: F. Havasi, a. a. O. (Anm. 5), S. 10.

¹¹⁾ B. Bagota/B. Garam, Mit kell tudni az 1983. évi népgazdasági tervről? (Wissenswertes über den Volkswirtschaftsplan 1983), Budapest 1983.

⁹⁾ Die Bruttoakkumulation des Jahres 1982 betrug zwei Drittel, die Nettoakkumulation kaum mehr als die Hälfte des Jahres 1978. Dieser Rückgang ermöglichte in vier Jahren die Zunahme des Privatverbrauchs um 7,5%, die des Realeinkommens um fast 4% und die Beibehaltung des Reallohns auf dem Niveau von 1980; L. Faluvégi, A kibontakozás utjai az 1983—85 közötti időszakban (Entwicklungspolitische Alternativen in der Periode 1983—85), in: Közgazdasági Szemle (1983) 7—8.

¹⁰⁾ „Von 1978 bis Ende 1982 konnten wir die beiden wirtschaftspolitischen Ziele im wesentlichen erreichen. Wir geben diese Ziele nicht auf, aber die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit besitzt in der entstandenen Situation Priorität... im Interesse der kontinuierlichen Aufrechterhaltung der internationalen Zahlungsfähigkeit müssen auch die ungünstigen Wirkungen in Kauf genommen werden,

mäßig zu, während die Landwirtschaft eine beachtliche Produktionssteigerung erbrachte. Der Privatverbrauch stieg innerhalb der vorgesehenen Grenzen, und auch die Lohnentwicklung entsprach im ganzen den Vorstellungen der Lebensstandardpolitik. 1982 schloß die Außenhandelsbilanz — ohne Transportkostenbilanz — mit einem bemerkenswerten Überschuß ab; der Abbau der früheren Defizite läßt sich Jahr für Jahr kontinuierlich beobachten. Weiterhin fällt auf, daß die Ausfuhr trotz immer schwierigerer Verhältnisse in vier Jahren um 35% erhöht werden konnte, während die Einfuhr — zu laufenden Preisen — nur um 8% wuchs.

Im Jahre 1983 soll das Nationaleinkommen um 0,5 bis 1%, die Industrieproduktion zwischen 1 und 2% und die Landwirtschaft etwa in derselben Größenordnung wachsen. Die Investitionen bleiben hinter denen im Jahre 1982 um etwa 6% zurück, und die inländische Verwendung geht auch um 3 bis 4% zurück¹²⁾. Innerhalb dieser Rahmenbedingungen besteht die Hoffnung, daß das außenwirtschaftliche Gleichgewicht erreicht und die Zahlungsfähigkeit aufrechterhalten werden kann. Die bereits zur Verfügung stehenden Teilangaben (für die ersten sieben Monate des Jahres) bestätigen eine bemerkenswerte Verbesserung der Außenhandelsbilanz: Die Ausfuhr in konvertierbarer Währung überschreitet um 22,5%, die Einfuhr hingegen nur um 11,5% die entsprechenden Vorjahrsdaten. Der Über-

schuß beträgt 11,2 Milliarden Forint (erste sieben Monate 1982: 1,6 Mrd. Ft). Trotzdem muß betont werden, daß die ausbleibende Belegung in Westeuropa, die ungünstige Entwicklung auf den wichtigsten Produktmärkten sowie die Dollaraufwertung und der Preisverfall zu einem Ausfuhrasfall von ca. 200 bis 300 Millionen Dollar führen können. Dazu müssen noch weitere mögliche Exportrückgänge infolge der wegen Witterungsproblemen stagnierenden landwirtschaftlichen Erzeugung hinzugerechnet werden¹³⁾. Trotzdem scheint die Hoffnung begründet, daß die Zahlungsfähigkeit 1983 aufrechtzuerhalten ist.

Die augenblicklich zufriedenstellende Globalentwicklung darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß Ungarns finanzielle Lage weiterhin nicht stabil genug ist und daß die Industrie kaum imstande ist, die ausfallenden Agrarausfuhren zu kompensieren (wie dies die Landwirtschaft jahrelang für die Industrie leisten konnte). Der immer engere Bereich, in dem die inländische Verwendung des Nationaleinkommens noch beschränkbar ist — sowohl hinsichtlich der Investitionen als auch des Verbrauchs —, sowie die zeitlichen Schranken der Belastbarkeit von Wirtschaft und Gesellschaft erfordern die Ausarbeitung und Verwirklichung einer längerfristigen Wirtschaftsstrategie. Sie kann sich teilweise der Reformmaßnahmen bedienen, die die ungarische Wirtschaft in den letzten Jahren zunehmend entwickelt hat.

III. Wichtige Reformmaßnahmen

Reformvorstellungen sind bereits im Fünfjahresplan für 1981—1985 deutlich geworden. Der Plan unterstreicht die „Offenheit“ der Planung, indem er nur die Schlüsseldaten (Nationaleinkommen, Wachstumsraten für Landwirtschaft und Industrie, Investitionen, Verbraucherpreise, Lohnentwicklung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht) vorgibt, und steht überdies eindeutig im Zeichen des „weniger aber besser“. Davon ausgehend, daß die internationale Konjunktur auf fünf Jahre nicht voraussehen war, enthält der Plan detailliertere Aufgabenstellungen nur für die ersten zwei Planjahre und macht den weiteren Verlauf vom Anspringen (oder Ausbleiben) des weltwirtschaftlichen Konjunkturmotors abhängig (für eine mögliche Belegung sind etwa 50 Milliarden Forint als Zusatzinvestitionen zurückgelegt).

1980 erfolgte eine bedeutende und seitdem vieldiskutierte Änderung des Preisbildungsprinzips. Ein Teil der ungarischen Wirtschaft (etwa 60% der Industrieproduktion und 35% der materiellen Produktion) ging zum kompetitiven Preissystem über. Dieses System bewertet Naturressourcen (Rohstoffe, Energie usw.) nach Weltmarktpreisen, unabhängig davon, ob die betreffenden Güter aus dem RGW oder vom Weltmarkt kommen¹⁴⁾. Die Exportpreise im konvertierbaren Handel liegen den inländischen Preisen für die Industriegüter zugrunde. Die erste Maßnahme zwingt zu er-

¹³⁾ Zur Kompensierung des möglichen Ausfalls in der Agrarausfuhr steht ein IWF-Kredit zur Verfügung.

¹⁴⁾ Die Differenz zwischen inländischem (d. h. Weltmarkt-) und RGW-Preis wird von den Unternehmen abgezogen und in die Staatskasse gelenkt. Betriebe, die aus dem RGW importierte Rohstoffe verarbeiten, erhalten einen staatlichen Zuschuß für Produktionsmodernisierung.

¹²⁾ B. Bagota/B. Garam, a. a. O. (Anm. 11)

höher Sparsamkeit, die zweite trägt zur Messung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Industrie bei¹⁵⁾.

Von den im finanziellen Bereich erfolgten Änderungen ist die Einführung des einheitlichen Wechselkurses des ungarischen Forints im Oktober 1981 hervorzuheben, sowie die Unterbrechung einer lange Jahre hindurch praktizierten Aufwertungs politik¹⁶⁾. Die wöchentliche Anpassung der Wechselkurse der konvertierbaren Währungen zueinander und die häufiger vorgenommenen Modifizierungen des Wechselkurses des Forints im Verhältnis zum amerikanischen Dollar sollen die elastische und kostenbewußte Unternehmensmentalität fördern. Als einen ersten Schritt in Richtung auf die „Monetarisierung“ der ungarischen Wirtschaft ist die erste Anleiheemission zu interpretieren, die den Unternehmen und Behörden die Mitfinanzierung infrastruktureller Vorhaben ermöglicht¹⁷⁾.

Auf eine Neubelebung der Außenwirtschaftsdiplomatie läßt der Beitritt Ungarns zum Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank schließen. Für den Beitritt Ungarns sprachen vor allem die zunehmende Verflechtung der ungarischen Wirtschaft mit der weltwirtschaftlichen Arbeitsteilung, die Möglichkeit, IWF-Kredite zu erhalten und nicht zuletzt die Beteiligung an Projekten, die die Weltbank in Entwicklungsländern mitfinanziert¹⁸⁾. Von geringerer Reichweite, aber nicht

zu vernachlässigen, sind die 1982 abgeschlossenen Handelsabkommen (diskriminierungsfreie Behandlung ungarischer Waren in Schweden, vorzeitiger Zollabbau im österreich-ungarischen Handel) sowie die Erneuerung der Abkommen mit der Europäischen Gemeinschaft (EG) über den Zugang ungarischer Produkte zum EG-Stahl- und Bekleidungsmarkt.

In mehreren Bereichen sind organisatorische Änderungen vorgenommen worden: Die drei ehemaligen industriellen Branchenministerien wurden in einem Ministerium für Industrie zusammengefaßt. Mehrere Konzerne wurden aufgelöst oder in Teilbetriebe zerlegt (Lebensmittelindustrie, Großhandel, Bauindustrie und die Csepel-Werke). Regionale Verbindungs- und Vertretungsbüros, die dem Ministerium für Außenhandel unterstehen, sollen einen effektiven Beitrag zur Exporttätigkeit der Klein- und Mittelbetriebe und der Genossenschaften leisten.

Vielleicht stellt die Entstehung neuer Unternehmens- und Betriebsformen den spektakulärsten (aber ihrer Wichtigkeit nach nicht den wesentlichsten) binnenwirtschaftlichen Wandel dar. Die Kleinunternehmen und -genossenschaften arbeiten auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums; sie können aber ihre Produktionsstruktur selbst bestimmen. Auf staatliche Unterstützung können sie (wie manche Großunternehmen) nicht zurückgreifen; sie sind aber nicht gezwungen, verschiedene Fonds (technischer, Kultur-, Reservefonds) zu bilden und die im allgemeinen strengen Lohnregeln strikt zu befolgen. Privatunternehmen können in mehreren Formen arbeiten. Im Kleingewerbe erhalten alle diejenigen ihre Lizenz automatisch, die die entsprechende Fachausbildung nachweisen können. In letzter Zeit dürfen sie auch für staatliche Unternehmen arbeiten. Früher unwirtschaftliche Gaststätten, Restaurants, Lebensmittelgeschäfte können für eine im voraus fixierte Summe gepachtet werden. Wirtschaftliche Arbeitsgemeinschaften dürfen hauptberuflich zwei bis dreißig Leute beschäftigen. Sie können aber auch innerhalb von Industriebetrieben entstehen, um spezifische Produktionsziele zu erreichen. Die Zivilrechtsgesellschaften dürfen maximal fünf Personen beschäftigen, und zwar ausschließlich hauptberuflich. Eine statistische Erhe-

¹⁵⁾ Den Außenhandelspreisen kann die ungarische Wirtschaft vorerst nur in einem sogenannten simulierten Wettbewerbspreissystem nachkommen; denn die tatsächlichen Wettbewerbsverhältnisse und die unentbehrliche Importkonkurrenz können erst in einer längeren Periode eingeführt werden. Zu Einzelheiten siehe B. Csikós-Nagy, Development Problems of the Hungarian Economy, in: The New Hungarian Quarterly (1982) 88.

¹⁶⁾ Die Wechselkurspolitische Unterstützung der Exportförderung und die teilweise Preisgabe der eng interpretierten inländischen Preisstabilität legt einen wesentlichen wirtschaftspolitischen Mentalitätswandel nahe. Im Jahr 1982 wurde der Forint gegenüber dem US-Dollar um 11 %, gegenüber dem Durchschnitt der wichtigsten westlichen Währungen um 7 % abgewertet.

¹⁷⁾ Der Landeskonzern für Erdöl und Gas und die Staatliche Entwicklungsbank haben eine Anleihe für die Finanzierung von Gasleitungen im Werte von 200 Millionen Forint plaziert, die die Unternehmen in den ersten Monaten von 1983 angekauft haben. Die Rückzahlung erfolgt nach fünf Jahren in fünf Jahresraten.

¹⁸⁾ An der Ausführung einiger dieser Projekte beteiligen sich ungarische Unternehmen. Hier ist es angebracht zu bemerken, daß die IWF-Beitrittsdokumente die Besonderheiten der ungarischen Politik und Wirtschaft betonen und keinen Eingriff des IWF ermöglichen, der den Prioritäten dieser Politik und Wirtschaft zuwiderläuft. Da es aber die ungarische

Wirtschaftspolitik war, die eine auf außenwirtschaftliches Gleichgewicht bedachte Linie ausarbeitete und in die Praxis durchsetzte, kam es in den letzten beiden Jahren zu einer befriedigenden Kooperation zwischen dem IWF und Ungarn; siehe J. Fekete, a. a. O. (Anm. 8).

Tabelle 2

Beschäftigungsstruktur der ungarischen Bevölkerung

	in 1 000			in %		
	1978	1980	1982	1978	1980	1982
aktive Bevölkerung	5 068,8	5 073,6	5 001,9	100	100	100
— Industrie ^{a)}	1 752,2	1 697,3	1 620,4	34,6	33,5	32,4
— Bauindustrie	414,2	403,6	382,5	8,2	8,0	7,6
— Landwirtschaft ^{b)}	1 027,5	1 038,9	1 052,8	20,3	20,5	21,0
— Dienstleistungen	1 874,9	1 933,8	1 946,2	37,0	38,1	38,9

^{a)} Seit 1974 sinkende Beschäftigtenzahl (1974: 1 816 100)

^{b)} Seit 1978 wachsende Beschäftigtenzahl

Bemerkung: Abweichungen durch Rundungen

Quelle: Központi Statisztikai Hivatal, Statisztikai Évkönyv 1982 (Statistisches Zentralamt, Statistisches Jahrbuch), Budapest 1983.

bung über das erste Jahr nach Einführung dieser neuen Tätigkeitsformen stellt fest, daß es Ende 1982 insgesamt 2 775 Arbeitsgemeinschaften in staatlichen Unternehmen, 2 688 landwirtschaftliche Fachgruppen, 2 341 von Privatpersonen gebildete Arbeitsgemeinschaften, 145 Kleingewerkschaften und 23 Kleinunternehmen gab. Ihre Einnahmen betragen 4,3 Milliarden Forint, das entspricht 0,2% des Nationalprodukts. Sie beschäftigen etwa 0,4% der aktiven Bevölkerung, wobei die Durchschnittslöhne den industriellen Durchschnitt in geringem Maße übertrafen ¹⁹⁾.

Von der Landwirtschaft läßt sich für die weitere Entwicklung der ungarischen Wirtschaft relativ wenig erwarten. Einerseits hat sie in den letzten Jahren zur Erweiterung der Exportfähigkeit wesentlich beigetragen. Andererseits garantiert sie seit langer Zeit die störungsfreie und ausgeglichene Lebensmittelversorgung. Auch im klimatisch besonders schlechten Jahr 1983 hat sie eine bemerkenswerte Leistung hervorgebracht.

Die Unternehmensstruktur, der Facharbeiterbestand, die Erfahrungen und die gegenseitige Ergänzung von Groß- und Kleinbetrieben in der Landwirtschaft haben es ermöglicht, sie in den siebziger Jahren zum Versuchsfeld für in der ganzen Wirtschaft einführbare Unternehmensformen und -methoden zu machen.

¹⁹⁾ Központi Statisztikai Hivatal, Új típusú gazdasági szervezetek 1982-ben (Statistisches Zentralamt, Wirtschaftsorganisationen neuen Typs im Jahre 1982), Budapest 1983. Der Großteil der neuen Unternehmensformen ist in sozialistischen Eigentumsverhältnissen tätig. Produktionswert und Einfluß auf den Arbeitsmarkt bleiben vorerst hinter den Erwartungen der Wirtschaftspolitik zurück.

Trotz vielfältiger Reformmaßnahmen und der dynamischeren Entwicklung dieser Unternehmenstätigkeit kann jedoch nicht erwartet werden, daß bereits auf dieser Grundlage die Probleme der ungarischen Wirtschaft gelöst werden können. Die Reformen beheben Mängel, mobilisieren einen Teil des Arbeitsmarktes, garantieren zusätzliche Einkommensquellen für einen Teil der Bevölkerung bei sonst stagnierenden Reallöhnen. Ein grundlegender Wandel kann aber erst dann eintreten, wenn es in den Schlüsselsektoren der Wirtschaft zu wesentlichen Weiterentwicklungen kommt.

IV. Die Träger des Wandels

Hier wurden erstmals die Bedingungen der höheren individuellen Interessiertheit, der demokratischen Unternehmungsführung, der kleinbetrieblichen Produktion usw. angewendet. Die Landwirtschaft spielt auch eine wesentliche Rolle in der Industrie und auf dem Dienstleistungssektor: Anfang der achtziger Jahre haben fast alle Staatsgüter und etwa 85% der Genossenschaften irgendeine industrielle Tätigkeit ausgeübt. Damit läßt sich zum Teil erklären, warum die in den letzten Jahren abnehmende Zahl der Beschäftigten in der Industrie durch zunehmende Beschäftigtenzahlen in der Landwirtschaft begleitet wird (Tabelle 2). Auch in Zukunft kann mit der Attraktivität der sekundären Aktivitäten der Landwirtschaft für die Beschäftigten gerechnet werden. Unter den gegenwärtigen Umständen besteht die Hauptaufgabe der Landwirtschaft darin, die Input-Kosten der produzierten Waren zu senken, da die Erträge in Teilbereichen bereits über dem westeuropäischen Durchschnitt liegen ²⁰⁾.

²⁰⁾ Die Pro-Kopf-Ausfuhr der ungarischen Landwirtschaft liegt nach Dänemark und mit den USA im internationalen Vergleich auf Platz zwei.

Tabelle 3

Die ungarische Energiebilanz

	1979	1980	1981	1982
<i>Kohle</i>				
Produktion (1 000 t)	25 659	25 701	25 942	26 079
Einfuhr (1 000 t)	1 515	1 623	1 678	1 997
Einfuhr im Verbrauch ^{a)} (%)	5,6	5,9	6,1	7,1
<i>Erdgas</i>				
Produktion (1 000 m ³)	6 521	6 142	6 011	6 627
Einfuhr (1 000 m ³)	2 723	4 045	4 002	3 934
Einfuhr im Verbrauch ^{a)} (%)	29,5	39,7	40,0	37,3
<i>Rohöl</i>				
Produktion (1 000 t)	2 027	2 031	2 024	2 027
Einfuhr (1 000 t)	9 638	8 336	7 754	8 776
Einfuhr im Verbrauch ^{a)} (%)	82,6	80,4	79,3	81,2
<i>Strom</i>				
Produktion (Mill. kwh)	24 514	23 874	24 288	24 523

^{a)} Der inländische Verbrauch entspricht der Addition von Produktion und Einfuhr. Die Ausfuhrwerte für Erdgas und Braunkohle sind statistisch nicht relevant und können daher unberücksichtigt bleiben.
Quelle: siehe Tabelle 2.

Schlüsselgebiete der Weiterentwicklung der Wirtschaft sind: die auf Einsparungen konzentrierte Energiewirtschaft, die mit Strukturproblemen beladene Industrie und die außenwirtschaftliche Leistungsfähigkeit, die von der industriellen Produktion nicht getrennt gesehen werden kann. In diesen Bereichen entscheidet sich das Schicksal der Wirtschaftsreform.

Auf den ersten Ölpreisschock antwortete die ungarische Energiewirtschaft mit zusätzlichen Investitionen im Kohlebergbau. Die äußerst hohen Investitionen standen aber mit der relativ niedrigen Qualität der geförderten Kohle kaum in Einklang. Anfang der achtziger Jahre wurde das Hauptgewicht in Richtung Einsparungen verschoben. Diese Entwicklung verdient in mehreren Hinsichten Aufmerksamkeit. Erstens erweist sich die ungarische Produktion im internationalen Vergleich als rohstoff- und energieintensiv, was durch den Charakter der technologischen Prozesse und durch die jahrzehntelang ausgebaute und sich auf importierte Rohstoffe stützende Schwerindustrie bedingt ist²¹⁾. Zweitens stellten die Einsparungen ein wichtiges Element in der intensiven Wirtschaftsentwicklung dar. Während neue Bergwerke und

die Erschließung neuer Energiequellen der quantitativen Befriedigung der Rohstoffnachfrage dienen und letzten Endes eine extensive Entwicklung fördern, beeinflusst die sparsame Energienutzung sämtliche Industriezweige, und zwar in unterschiedlichem Maße.

Die Einsparungsmöglichkeiten hängen von der Produktionsstruktur, aber auch vom Unternehmensverhalten, insbesondere der Innovationsfähigkeit, ab. Damit setzt eine gesunde Differenzierung ein. Drittens können die Energieeinsparungen einen bedeutenden Beitrag zum außenwirtschaftlichen Gleichgewicht leisten, weil 80% des im Inland verbrauchten Rohöls, annähernd 40% des Erdgases und 7% der Kohle durch Einfuhr gedeckt werden und die Einfuhr elektrischer Energie ebenfalls von Bedeutung ist (Tabelle 3).

Die Energiepläne sehen für die Zeit zwischen 1981 und 1985 eine Einsparung von etwa 1 Million Tonnen Rohöl vor (Rationalisierung, höherer Anteil von Erdgas und Atomenergie). Die bisherige Entwicklung ist erfreulich: 1981 und 1982 ging eine bescheidene Wachstumsrate des Nationaleinkommens mit 4% Abnahme des spezifischen Energieverbrauchs und 2% Abnahme des Rohstoffverbrauchs einher. Dabei konnte auch der Rohölbedarf planmäßig gebremst werden (Tabelle 4)²²⁾.

²¹⁾ Der Materialanteil beträgt 67% des industriellen und 58% des landwirtschaftlichen Produktionswertes. Die Hälfte der Roh- und Grundstoffe wird eingeführt.

²²⁾ Diese Einsparung kann in den Rohöleinfuhrmengen für 1982 und für die erste Hälfte 1983 nicht nachgewiesen werden. Es ist jedoch zu beachten,

Tabelle 4

Ungarns Rohöleinfuhr

(in Mill. t)

	1973	1976	1979	1980	1981	1982 (%)
insgesamt	6,6	8,8	9,6	8,3	7,8	8,8 (100)
— Sowjetunion	5,8	7,7	8,5	7,5	7,3	7,0 (79,6)
— Iran	—	0,3	0,3	0,4	0,5	1,1 (12,3)
— Irak	0,7	0,8	0,9	0,4	—	—
— Libyen	—	—	—	—	—	0,7 (8,1)

Quelle: Központi Statisztikai Hivatal, Külkereskedelmi Statisztikai Évkönyv (Statistisches Zentralamt, Statistisches Jahrbuch für den Außenhandel), versch. Jg.

Das Unterstützungsprogramm der Regierung zur Energieeinsparung sieht 30 Milliarden Forint vor, wobei etwa 15 Milliarden für Rationalisierungsaufgaben ausgegeben werden können. Von diesen 15 Milliarden haben die Unternehmen bereits mehr als 10 Milliarden in Anspruch genommen²³⁾.

Im Mittelpunkt der gegenwärtigen ungarischen Wirtschaftsentwicklung steht zweifelsohne die verarbeitende Industrie. Sie stellt 46% der Bruttoproduktion, mehr als 40% des Nationaleinkommens und beinahe 75% der Ausfuhr dar. Mehr als ein Viertel der Produktion wird im Ausland abgesetzt, darunter fast 50% des Maschinenbaus. Die letzten Planangaben konnte der Maschinenexport (in konvertierbarer Währung) nicht erfüllen — trotz einer eindeutigen prozentualen Zunahme zwischen 1975 und 1981. Gleichzeitig sind mehrere Sektoren (Stahl und Eisen, Leichtindustrie, Petrochemie) durch die westliche Strukturkrise und/oder durch den zunehmenden Konkurrenzkampf der Entwicklungsländer hart betroffen.

Auf die Notwendigkeit grundlegender Änderungen machen einerseits die eingeeengten Einfuhrmöglichkeiten der Roh- und Grundstoffe, andererseits der strukturell bedingte Absatzrückgang aufmerksam²⁴⁾. Der indu-

strielle Strukturwandel soll die auf den RGW gerichtete Industriestrategie (die durch Endproduktkonzentration, unelastische technologische Struktur und Produktionsstruktur, überzentralisierte Betriebsgrößen, mangelndes Niveau der Lenkungs- und Organisationsstruktur und Material- und Energieverschwendung charakterisiert wurde²⁵⁾) durch eine der weltwirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit angepaßte industrielle Entwicklung und durch die dazu gehörenden kontextuellen Bedingungen (entsprechende Betriebsgröße, sparsamer Umgang mit Rohstoffen usw.) ersetzen²⁶⁾.

Eine solche Strategie erfordert Änderungen in der Verteilung der Investitionsmittel. Eines der ersten Zeichen für eine solche Entwicklung mag sein, daß der Anteil der staatlichen Investitionen innerhalb der zentralen Entwicklungsprogramme von 40% in den Jahren 1971—1975 und 61% in den Jahren 1976—1980 im gegenwärtigen Plan auf 9% schrumpfte, was die größere Rolle der Unternehmensinvestitionen unterstreicht. Daneben enthält der laufende Fünfjahresplan nur zwei neue Zentralprogramme (früher waren es fünf bis sechs). Sowohl die Produktion von Arznei- und Pflanzenschutzmitteln als auch die Elektronik beruhen auf den natürlichen Gegeben-

Branchen vor; siehe vor allem A. Juhász, Gazdaságunk teljesítőképességéről (Über die Leistungsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft), in: Társadalmi Szemle, (1983) 4. Es ist wenig wahrscheinlich, daß diese Therapie greifen wird; auf jeden Fall würde sie zu erhöhten Importen führen, ohne dabei unbedingt bessere und wirtschaftlichere Absatzmöglichkeiten zu eröffnen.

²³⁾ Gy. Varga, A feldolgozóipar hosszútávú fejlődése (Die langfristige Entwicklung der verarbeitenden Industrie), in: Gazdaság, (1983) 1.

²⁴⁾ Nach einer Erhebung des Landesausschusses für Technische Entwicklung sind etwa 10—15% der Produkte der ungarischen Industrie international wettbewerbsfähig. Weitere 60—70% können — nach entsprechender Selektion — wettbewerbsfähig gemacht werden. 5% gelten als unwirtschaftlich, jedoch unentbehrlich. Die Produktion der verbleibenden 10—25% sollte sofort eingestellt werden.

daß je etwa eine Million Tonnen Rohöl ausgeführt wurde, hauptsächlich nach Westeuropa. Genauere Länderangaben stehen nicht zur Verfügung. In diesem Zusammenhang ist die Abnahme hoch einzuschätzen, nachdem in den siebziger Jahren eine Einheit Zuwachs des Nationaleinkommens durch 2 Einheiten Zuwachs der Energieeinfuhr begleitet wurde.

²³⁾ Die Ungarische Nationalbank erteilte für die Industrie und die Landwirtschaft in zwei Jahren 5,7 Mrd. Forint. Weitere Kredite in Höhe von 4,4 Mrd. Forint wurden für die sekundäre Rohstoffverwendung vergeben. Unter Berücksichtigung der im allgemeinen gesunkenen Investitionssumme auf 175—180 Milliarden Forint im Jahr sind diese Finanzierungsquellen nicht unerheblich und weisen auf die Priorität der Aufgabe hin.

²⁴⁾ Einige Experten schlagen eine bessere (höhere) Kapazitätsauslastung in den strukturschwachen

heiten einer kleinen, rohstoffarmen und relativ humankapitalreichen Volkswirtschaft²⁷⁾.

Die Industrieproblematik wird vor allem darin deutlich, daß das ZK der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) im Juli 1983 einen Beschluß über Lage und Aufgaben der ungarischen Industrie gefaßt hat. Er stellt fest:

„Das Zentralkomitee hält eine Weiterentwicklung der Industriepolitik für erforderlich, damit als dauerhaftes Erfordernis

- die rasche Zunahme der Arbeitsproduktivität,
- die Senkung des Mittelbedarfs, die Erhöhung der Effektivität,
- die Senkung des spezifischen Rohstoff- und Energieverbrauchs,
- die Annäherung an und in einigen Bereichen das Erreichen des technologischen Niveaus der entwickelten Industrieländer besser zur Geltung kommen.

In Anbetracht der einheimischen Gegebenheiten und der Welttendenzen machen diese Erfordernisse die Bestimmung folgender Hauptentwicklungsrichtungen notwendig:

- die wirtschaftliche Nutzung der Natur-schätze,
- die Entwicklung moderner, wettbewerbsfähiger Maschinen, Ausrüstungen, agrochemischer Produkte, Verpackungsmaterialien, biotechnischer Vorgänge, die mit den landwirtschaftlichen Produktionsbedingungen verbunden sind,
- die Entwicklung und Verbreitung der Elektronik, insbesondere der Mikroelektronik,
- die Entwicklung und ausgedehnte Nutzung energie- und rohstoffsparsamer Technologien, Verfahren, Einrichtungen,
- unter Berücksichtigung der Effektivität, die Steigerung des Verarbeitungsgrades, die Erweiterung der Tätigkeiten, die ein höheres Niveau von geistiger und physischer Arbeit erfordern.²⁸⁾

²⁷⁾ Daneben werden die früher gestarteten Programme für die Aluminiumindustrie, Petrochemie und Computertechnik fortgesetzt. Die zentralen Entwicklungsprogramme machten 1981 9% der Brutto-Industrieproduktion, 16% der Rubelausfuhr, 13% der Dollarausfuhr, 21% der technischen Entwicklungsmittel und 6% der industriellen Beschäftigten aus; I. Kristóf, Mérlegen a központi fejlesztési programok (Die Beurteilung der zentralen Entwicklungsprogramme), in: Figyelő, (1983) 5.

²⁸⁾ Az ipar helyzetéről és feladatairól, Az MSZMP KB 1983. július 6-i határozata (Beschluß des ZK des USAP vom 6. 7. 1983 über die Lage und Aufgaben der Industrie), in: Társadalmi Szemle, (1983) 8—9, S. 10.

Demgegenüber sollte auf die nicht-wettbewerbsfähige Produktion verzichtet werden (mangelndes Know-how, unzureichende economies-of-scale, konkurrenzunfähiges Lohnniveau, hoher Transport- und Materialaufwand).

Der industrielle Strukturwandel hängt unmittelbar mit der Konsolidierung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts zusammen. Einerseits kann die weniger rohstoff- und energieintensive Entwicklung die entsprechenden Einfuhren senken, die Anfang der achtziger Jahre (ohne Landwirtschaft) fast 30% der Gesamteinfuhr ausmachten (ohne Grundstoffe). Andererseits gilt es, den Anteil der verarbeiteten Güter, vor allem der Maschinenbauprodukte, am Gesamtexport zu erhöhen. Letztere hatten 1981—1982 einen Anteil von etwa 31% an der Gesamtausfuhr, aber nur 11—13% der Ausfuhr in die OECD-Länder. Eine Verbesserung im Jahre 1982 läßt sich vor allem mit Exporterfolgen in Entwicklungsländern erklären (Tabelle 5).

Auf eine verstärkte Hinwendung der ungarischen Wirtschaft zur Weltwirtschaft weisen die Daten in Tabelle 6 hin. Zwar sind in den letzten Jahren etwas höhere Anteile für den sozialistischen Handel zu verzeichnen, doch zeigen die in Rubel- bzw. Dollarverrechnung vorhandenen Trends ein anderes Bild. Der Anteil von 50 : 50 der letzten Jahre bei beiden Hauptwarenströmen verschob sich auf 56 : 44 zugunsten der Dollarverrechnung in der Ausfuhr. Im Agrarexport ergab sich eine Änderung von 67 : 33 (1978) auf 73 : 27 (1982), im Maschinenexport von 21 : 79 auf 31 : 69. Die überkommene duale Exportstruktur (einerseits für den RGW-Raum, andererseits für die OECD-Länder) soll möglichst schnell einheitlich reformiert werden. Für die strukturelle und internationale Verflechtung einer kleinen Wirtschaft erwies sich diese Exportstruktur auch in der Vergangenheit als wenig günstig. In Zukunft kann sie schon wegen der verstärkten außenwirtschaftlichen Zwänge und der spürbaren Schranken der Belastbarkeit der ungarischen Wirtschaft nicht aufrechterhalten werden²⁹⁾.

In den letzten Jahren sind eine Reihe exportfördernder Maßnahmen ergriffen worden. Hervorgehoben werden soll hier das Exportkreditsystem, das zwischen 1976 und 1980 zum ersten Mal voll zur Geltung kam³⁰⁾. In

²⁹⁾ B. Kádár, Külgazdasági kapcsolataink és a gazdasági reform (Ungarns Außenwirtschaftsbeziehungen und die Wirtschaftsreform), in: Gazdaság (1983) 1.

³⁰⁾ Im engeren Rahmen praktizierte man diese Tätigkeit auch früher. Zwischen 1968 und 1974 wurde

Tabelle 5

Warenstruktur des ungarischen Außenhandels

(nach SITC-Gruppen ^{a)} in %)

		0+1+4	2	3	5	6+8	7
<i>Ausfuhr</i> insgesamt	1975	22,2	3,8	2,0	7,0	28,1	37,0
	1981	24,7	4,2	4,7	10,3	24,1	30,9
	1982	24,0	4,1	6,6	10,2	22,5	31,5
soz. Länder	1975	19,8	2,5	0,7	6,6	26,1	44,2
	1981	26,5	2,5	2,0	9,0	20,1	39,1
	1982	27,0	2,5	1,2	9,5	19,8	39,3
OECD-Länder ^{b)}	1975	31,9	8,8	6,9	8,0	34,1	10,3
	1981	23,9	8,9	11,3	12,1	28,6	13,1
	1982	22,8	8,6	19,4	11,2	25,3	11,3
Entwicklungs- länder	1975	14,6	0,6	0,0	6,9	30,4	47,5
	1981	17,4	0,8	1,2	11,9	32,2	35,4
	1982	13,4	0,4	0,9	10,9	28,5	44,0
<i>Einfuhr</i> insgesamt	1975	8,4	10,3	13,5	11,6	24,5	31,7
	1981	8,9	8,1	16,6	13,8	24,0	28,1
	1982	6,7	6,9	20,8	13,6	22,2	28,9
soz. Länder	1975	4,9	10,4	17,2	7,2	23,8	36,4
	1981	4,1	8,3	27,5	7,9	19,7	31,7
	1982	2,9	7,5	29,1	8,3	18,2	32,7
OECD-Länder ^{b)}	1975	9,6	7,2	0,8	24,5	29,4	28,3
	1981	7,1	7,0	2,8	23,6	30,4	29,0
	1982	6,0	5,8	1,1	25,0	30,6	31,3
Entwicklungs- länder	1975	36,9	20,8	28,3	2,1	11,3	0,6
	1981	47,3	12,2	16,7	3,0	19,8	1,0
	1982	29,0	7,9	48,3	1,0	13,4	0,4

^{a)} SITC-Kategorien: 0+1+4: Lebensmittel, Genußmittel, pflanzliche Öle und Fette; 2: mineralische Rohstoffe; 3: Energieträger; 5: Chemische Güter; 6+8 Industrielle Fertigwaren; 7: Maschinen, Ausrüstungen, Transportmittel.

^{b)} OECD-Länder + Israel

Bemerkungen: Abweichungen von 100 durch Rundungen und Nicht-Berücksichtigung der SITC-Gruppe 9.

Quelle: siehe Tabelle 4.

diesem Rahmen hat die Nationalbank 54 Mrd. Forint (statt der früher geplanten 45 Mrd.) an Krediten vergeben, um die Exporte in konvertierbarer Währung zu erhöhen. Bis Ende 1980 waren zwei Drittel der Investitionen abgeschlossen. Zu 60% ermöglichten die in Betrieb genommenen Kapazitäten eine Ausfuhrsteigerung in konvertierbarer Währung, 10% dienten der Importsubstitution und 30% ziel-

ten auf den Inlands- und RGW-Markt. Insgesamt erreichte man dadurch einen zusätzlichen Exporterlös von 1,1 Mrd. Dollar und eine Importsubstituierung von 100 Millionen Dollar³¹⁾.

Zwischen 1981 und 1985 stehen insgesamt 64 Mrd. Forint für Exportkredite zur Verfüg-

³¹⁾ Nach Angaben Ende 1982 ermöglichten die exportfördernden Kredite eine Ausfuhr von 1,3 Mrd. Dollar und eine Importsubstituierung von 200 Millionen Dollar; I. Garamvölgyi, Hogyan tovább? — az exportfejlesztésben (Wie sollte es weitergehen in der Exportförderung?), in: Figyelő, (1983) 10.

aus einer Kreditsumme von 10 Mrd. Forint etwa 200 Millionen Dollar zusätzlicher Export finanziert.

Tabelle 6

**Geographische Verteilung des ungarischen Außenhandels
und regionale Außenhandelsbilanzen**

	Werte in Mrd. Ft			Anteile in %		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982
<i>Ausfuhr</i> insgesamt	281,0	299,4	324,5	100,0	100,0	100,0
— soz. Länder	154,9	174,1	185,3	55,1	58,1	57,1
— RGW-Länder ^{a)}	141,4	159,4	169,1	50,3	53,2	52,1
— Sowjetunion	82,3	100,1	108,8	29,3	33,4	33,5
— nicht-soz. Länder	126,1	125,3	139,2	44,9	41,9	42,9
— OECD-Länder ^{b)}	98,6	90,3	97,2	35,1	30,2	30,0
— EG	55,2	51,5	50,5	19,6	17,2	15,6
— Entwicklungsländer	27,5	35,0	42,0	9,8	11,7	12,9
<i>Einfuhr</i> insgesamt	299,9	314,3	324,8	100,0	100,0	100,0
— soz. Länder	151,8	161,9	173,0	50,6	51,5	53,3
— RGW-Länder ^{a)}	140,5	147,5	158,6	46,8	46,9	48,8
— Sowjetunion	83,0	90,0	95,8	27,7	28,6	29,5
— nicht-soz. Länder	148,1	152,4	151,8	49,4	48,5	46,7
— OECD-Länder ^{b)}	120,6	126,4	118,5	40,2	40,2	36,5
— EG	66,4	73,6	68,9	22,1	23,4	21,2
— Entwicklungsländer	27,5	26,0	33,3	9,2	8,3	10,3
<i>Bilanzen</i> insgesamt	- 18,9	- 14,9	- 0,3			
— soz. Länder	+ 3,1	+ 12,2	+ 12,2			
— RGW-Länder ^{a)}	+ 0,9	+ 11,9	+ 10,5			
— Sowjetunion	- 0,7	+ 10,1	+ 13,0			
— nicht-soz. Länder	- 22,0	- 27,1	- 12,5			
— OECD-Länder ^{b)}	- 22,0	- 36,1	- 21,2			
— EG	- 11,2	- 22,1	- 18,4			
— Entwicklungsländer	- 0,0	+ 9,0	+ 8,7			

^{a)} europäische RGW-Länder

^{b)} OECD + Israel

Bemerkung: Eventuelle Abweichungen durch Rundungen.

Quelle: wie Tabelle 4.

gung: bis zum Frühjahr 1983 wurden davon 31 Milliarden genehmigt — bei inzwischen strenger gewordenen Bedingungen (Laufzeit, Zinsen). Die Industrie beteiligt sich daran mit 66%, die Lebensmittelwirtschaft mit 32%. In den letzten Jahren konnte im gewissen Grade eine Verschiebung der Prioritäten von der Exportsteigerung auf die Importersetzung beobachtet werden. Im Prinzip können zwar beide Strategien zur Verwirklichung einer ausgeglicheneren Handelsbilanz beitragen, tatsächlich bringen aber die Imports substitutionen nicht das erwünschte Resultat, ganz zu schweigen davon, daß die Exportorientierung und die Imports substitutionen zwei verschiedene Wirtschaftsstrategien darstellen, die — wenigstens in der ungarischen Wirtschaft — anderer, manchmal grundverschiedener Mittel bedürfen.

Eine immer wichtigere Rolle kommt in der Exportsteigerung der Partnerwahl zu³²⁾. Die ungarischen Ausfuhrmöglichkeiten werden dadurch begrenzt, daß die wichtigsten Kunden in Westeuropa zu finden sind. Gleichzeitig stellt aber diese Region eine problembeladene und immer mehr strukturschwache weltwirtschaftliche Einheit dar. Stagnierendes Wachstum, Strukturschwierigkeiten und protektionistische Maßnahmen haben den Anteil der EG an der ungarischen Gesamtausfuhr von 1979 an spürbar beeinträchtigt: er ging von 18,9% (1973) und 22,9% (1979) auf 15,6% (1982) zurück. Dank der exportdiversifizierenden Bestrebungen nahm der Anteil der USA bescheiden, der einzelner Nahost- und

³²⁾ Für eine ausführliche Analyse der siebziger Jahre siehe A. Inotai, a. a. O. (Anm. 4).

Tabelle 7

Der ungarische Außenhandel nach den wichtigsten Abnehmer- und Lieferländern

	Werte in Mrd. Ft			Anteile in %		
	1980	1981	1982	1980	1981	1982
<i>Ausfuhr</i>						
Sowjetunion	82,3	100,1	108,8	29,3	33,4	33,5
Bundesrepublik Deutschland ^{a)}	27,5	26,4	23,6	9,8	8,8	7,3
DDR	19,1	20,7	19,9	6,8	6,9	6,1
ČSSR	17,1	18,0	18,0	6,1	6,0	5,5
Österreich	12,2	13,0	12,3	4,3	4,3	3,8
Polen	12,0	10,1	12,2	4,3	3,4	3,8
Italien	12,7	9,8	11,1	4,5	3,3	3,4
Jugoslawien	8,3	9,9	10,8	3,0	3,3	3,3
Irak	3,9	7,5	10,0	1,4	2,5	3,1
Iran	4,4	4,3	8,2	1,6	1,4	2,5
Bulgarien	4,1	4,5	5,2	1,5	1,5	1,6
USA	3,6	4,6	5,1	1,3	1,5	1,6
Rumänien	6,8	6,1	5,1	2,4	2,0	1,6
<i>Einfuhr</i>						
Sowjetunion	83,0	90,0	95,8	27,7	28,6	29,5
Bundesrepublik Deutschland ^{a)}	35,1	37,4	36,2	11,7	11,9	11,1
DDR	20,8	21,1	22,2	6,9	6,7	6,8
ČSSR	15,4	15,4	17,1	5,1	4,9	5,3
Österreich	16,2	18,3	16,1	5,4	5,8	5,0
Polen	11,0	10,6	12,6	3,7	3,4	3,9
Jugoslawien	7,6	9,3	10,0	2,5	3,0	3,1
Italien	9,3	9,4	8,8	3,1	3,0	2,7
Iran	3,9	4,3	8,8	1,3	1,4	2,7
Frankreich	6,6	7,8	7,2	2,2	2,5	2,2
Libyen	0,0	0,0	7,1	0,0	0,0	2,2
Schweiz	8,3	7,6	7,1	2,8	2,4	2,2
USA	8,2	7,9	7,0	2,7	2,5	2,2

^{a)} einschließlich West-Berlin.

Quelle: wie Tabelle 4.

nordafrikanischer Länder kräftiger zu (Tabelle 7).

Da die Warenstruktur der ungarischen Ausfuhr recht „sensitiv“ ist, sind entsprechende handelspolitische Schritte von außerordentlicher Wichtigkeit (Abkommen mit der EG im Stahl- und Textilsektor, diskriminationsfreier Warenaustausch mit Österreich und einigen skandinavischen Ländern, Meistbegünstigung im USA-Handel usw.). Möglichkeiten der Exportsteigerung, in der Form ungarischer Beteiligungen an Projekten in Entwicklungsländern, erhofft man sich auch vom Beitritt zur

Weltbank. Schließlich sei hier noch kurz darauf hingewiesen, daß Ungarn die Behandlung des Auslandskapitals in letzter Zeit mehrmals modifizierte und dessen Tätigkeitsbedingungen erleichterte. Diese günstige juristische Entwicklung soll in Zukunft durch eine entsprechende Entwicklung des allgemeinen wirtschaftlichen Kontexts begleitet werden ³³⁾.

³³⁾ A. Inotai, Taktikai elem vagy egy új gazdasági stratégia szerves része? (Taktisches Element oder organischer Bestandteil einer neuen Wirtschaftsstrategie? Bemerkungen zum Direktkapitalimport), in: Külgazdaság (1982) 11.

V. Aufgaben und Dilemmata

Zusammenfassend können für die kommenden Jahre als wichtigste Aufgaben, die sich aus der geschilderten Wirtschaftslage ergeben, folgende hervorgehoben werden:

1. Die Aufrechterhaltung der Zahlungsfähigkeit und die Konsolidierung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts haben weiterhin absolute Priorität. Da die ungarische Wirtschaft in den kommenden Jahren nur mit bescheidenen neuen Krediten rechnen kann³⁴, ist sie überwiegend auf Exportsteigerung und allenfalls mäßige Importzuwächse angewiesen. Unter den möglichen Einnahmequellen wird den nicht-kommerziellen Bereichen (Tourismus, Dienstleistungen usw.) größere Bedeutung zukommen³⁵. Die strukturelle Modernisierung der Ausfuhr soll entsprechend unterstützt werden von der Neugestaltung der außenwirtschaftlichen Institutionen. Es ist ohne weiteres einzusehen, daß der Export von Maschinen, Ausrüstungen, Ersatzteilen und Teileinheiten kontinuierlicher technischer Entwicklungen, Instandhaltung und eines größeren Umfangs von Dienstleistungen bedarf.

2. Nicht nur wegen außenwirtschaftlicher Schwierigkeiten, sondern auch infolge ausstehender binnenwirtschaftlicher Probleme ist es erforderlich, die Wirtschaftsreform in den folgenden Jahren beschleunigt voranzubringen. Zentrale Bedeutung kommt der zunehmenden „Monetarisierung“ der ungarischen Wirtschaft zu (Erweiterung der Kreditfähigkeit, Trennung der Noten- und Handelsbankfunktionen, Schaffung eines direkten Kapitalflusses unter den Unternehmen)³⁶.

3. In Anbetracht des engen Kreises der zu mobilisierenden Reserven ist eine effektivere Anwendung der zur Verfügung stehenden Mittel unumgänglich. Umverteilungen in der Produktion werden notwendig sein, wobei die Behandlung verlustreicher Unternehmen überdacht und eine Lösung für den planmäßigen Abbau unwirtschaftlicher (vorwiegend in-

dustrieller) Tätigkeiten gefunden werden sollen. Diese vielseitigen Aufgaben werden durch die Reform des Lohn- und Steuersystems unterstützt werden, die z. Z. in Vorbereitung ist. Ergänzend kommen die Mobilisierung des Arbeitsmarktes, der Ausbau des Fachaus- und -umbildungssystems und die Reform des ganzen Bildungswesens dazu.

4. Die ungarische Wirtschaftspolitik konnte unter schwierigsten internationalen Verhältnissen den Realwert der Einnahmen der Bevölkerung zufriedenstellend schützen. Nach Möglichkeit wird dieses Hauptziel weiterhin angestrebt. Bei vorübergehendem Reallohnrückgang und der notwendigen zunehmenden Differenzierung wird aber der Verbesserung der Lebensverhältnisse der Bevölkerung besondere Aufmerksamkeit geschenkt (das stabile und breitgefächerte Warenangebot ist organischer Bestandteil dieser Politik)³⁷.

5. Sowohl die innenpolitisch stabile Grundlage als auch die binnen- wie außenwirtschaftlich absolut notwendige Weiterführung der Reform sprechen dafür, das organisatorische und institutionelle System in den Reformprozeß einzugliedern. Während 1968, aber auch noch 1979 die Überlegung vorherrschte, das politisch-gesellschaftliche Risiko der Reformen zu minimieren, erfordert die Verwirklichung der Reform in der heutigen schwierigen weltwirtschaftlichen Situation notwendigerweise die bewußte Inkaufnahme größerer Gefahren³⁸.

Trotz klarer Aufgabenstellung gibt es natürlich zahlreiche Probleme, deren Lösung heute kaum eindeutig erkennbar ist:

— Der Reformprozeß kann sich in einer verlangsamtten Wirtschaft anders als in günstigeren, durch dynamische Entwicklung gekennzeichneten Umständen³⁹ entwickeln.

³⁴) Auch wenn den neuen Kreditaufnahmen relativ enge Grenzen gesetzt sind, kann die zur Verfügung stehende Kreditsumme die Wirtschaftsentwicklung 1984 und 1985 nicht unwesentlich beeinflussen; siehe: L. Faluvégyi, a. a. O. (Anm. 9).

³⁵) Im Unterschied zu den meisten kleinen westeuropäischen Ländern stammen 90% der ungarischen Währungseinnahmen aus dem Warenverkehr.

³⁶) T. Bácskai/É. Várhegyi, A magyar gazdaság monetizálása (Monetisierung der ungarischen Wirtschaft), in: Gazdaság, (1983) 2.; B. Csikós-Nagy vertritt die Meinung, daß die ungarische Wirtschaftsreform besser durch die Monetisierung als durch die Dezentralisierung gekennzeichnet werden kann, siehe B. Csikós-Nagy, a. a. O. (Anm. 15).

³⁷) Neue Einnahmequellen durch Mehrarbeit, breite Möglichkeiten, das verdiente Geld sinnvoll auszugeben, sowie ein seit langer Zeit geführter fruchtbarer Dialog zwischen Regierung und Bevölkerung, in dessen Verlauf die Ursachen der unangenehmen Maßnahmen (Preiserhöhungen) deutlich dargelegt werden konnten, runden das Bild ab.

³⁸) Es ist mehr als wahrscheinlich, daß ein Verzicht auf Reformen aus Angst vor größeren Spannungen letzten Endes zu noch größeren Spannungen führen würde, ohne dabei die spontan entstehenden Prozesse kontrollieren zu können; J. Bognár, Negyedszázados gazdasági fejlődésünk eredményei a világgazdasági korszakváltás mérlegén (25 Jahre ungarische Wirtschaftsentwicklung im Lichte des weltwirtschaftlichen Epochenwechsels), in: Közgazdasági Szemle, 7—8.

³⁹) Es ist darauf hinzuweisen, daß quantitativ höhere Zuwachsraten per se nicht wünschenswert sind. Es geht darum, zu welchem Preis welche Pro-

— Die Reform soll unter Berücksichtigung vieler exogener Faktoren verwirklicht werden, die nicht immer in das ursprüngliche Reformkonzept passen (z. B. zunehmender Zentralismus in der Importwirtschaft, zeitliche Verschiebung früher geplanter Maßnahmen usw.)⁴⁰.

— Früher oder später muß die Investitionsquote erhöht werden, da die neuen Investitionen einen wesentlichen Faktor der zukünftigen Exportfähigkeit bilden, die aber gleichzeitig durch die notwendige Senkung der Einfuhr beeinträchtigt wird; denn es besteht im Reproduktionsprozeß der ungarischen Wirtschaft eine enge Wechselwirkung zwischen Ex- und Importen.

— Das kompetitive Preissystem läßt sich ohne wirkliche Importkonkurrenz nicht entfalten, die jedoch unter den gegenwärtigen finanziellen Umständen nicht freigegeben werden kann.

— Eine mögliche Alternative könnte in der Entwicklung der vernachlässigten und auf unterdurchschnittlichen Importbedarf abgestellten Infrastruktur bestehen. Andererseits erfordert sie jedoch Kapitalinvestitionen, die in der gewünschten Größenordnung in einer kapitalarmen Volkswirtschaft kaum aufzubringen sind und sich erst in vielen Jahren auszahlen würden⁴¹.

— Ein spezifischer Widerspruch besteht zwischen dem Bergbau, der die Milderung der Rohstoff- und Energieimportabhängigkeit verspricht, und der verarbeitenden Industrie, die die internationale Wettbewerbsfähigkeit der ungarischen Wirtschaft sicherstellen soll.

— Offensichtlich ist eine höhere Einkommens- und Unternehmensdifferenzierung zu erwarten, die bei ständig wachsendem verteil-

dukte hergestellt werden und ob diese auf dem Weltmarkt absetzbar sind. Die gegenwärtige Phase des Strukturwandels schließt nicht nur Neuentwicklungen, sondern auch den Abbau unrentabler Kapazitäten ein. In der Wachstumsrate erscheint dann nur die Differenz dieser beiden Entwicklungen, während die Effizienz der Wirtschaft eindeutig gebessert werden kann. Ebenso soll die Frage der Investitionsquote behandelt werden. Zweifellos ist die heutige Quote äußerst niedrig; es besteht aber kein Grund, zu Anteilen von 25—35% der vergangenen Jahrzehnte zurückzukehren.

⁴⁰ Mit Recht bemerkt dazu F. Havasi, ZK-Sekretär für Wirtschaftsfragen: „Viele berufen sich darauf, daß diese Methoden nicht in unser System der Wirtschaftslenkung passen... Ohne die Schwierigkeiten zu bezweifeln, muß man aber sehen, daß auch die uns betreffenden schnellen und ungünstigen Auswirkungen nicht in das gewohnte System der Weltwirtschaft „passen.“ F. Havasi, a.a.O. (Anm. 5), S. 9.

⁴¹ I. Berend, Gazdasági stabilizáció és infrastruktúra (Wirtschaftliche Stabilisierung und Infrastruktur), in: Figyelő, (1983) 13.

baren Anteil des Nationaleinkommens besser gehandhabt und kontrolliert werden kann als in einer stagnierenden Periode, in der ein vorübergehend kleineres Volumen um- und neuverteilt werden soll.

— Einerseits will die Lohnpolitik mehr Anreiz schaffen, andererseits muß sie die ausströmende Geldmenge stets unter Kontrolle halten, um einem unerwünschten Inflationsdruck vorzubeugen.

— Schließlich heben einige Reformer die Behäbigkeit und Widersprüchlichkeit des Reformprozesses hervor und fürchten negative Einflüsse der in einigen Bereichen zu beobachtenden Zentralisierung. Einmal abgesehen von den Notmaßnahmen in der heutigen Finanzlage, ist es wichtig zu erkennen, daß außenwirtschaftliche Konzentration und binnenwirtschaftliche Dezentralisierung einander nicht ausschließen, sondern einander sogar gegenseitig bedingen. Westeuropäische Erfahrungen nach der Ölkrise machen deutlich, daß die weltwirtschaftlich kleinen Einheiten (Unternehmen wie Volkswirtschaften) ihren außenwirtschaftlichen Spielraum durch kräftige zentrale (staatliche) Unterstützung erhalten bzw. ausdehnen konnten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß — obwohl die genannten Probleme von der ungarischen Wirtschaft zu lösen sind — Richtung und Tempo der Reaktionen und Entscheidungen durch das internationale Umfeld maßgebend beeinflusst werden. Abgesehen von den politischen Implikationen, deren Behandlung außerhalb des Themenbereichs dieses Aufsatzes liegt, sollen hier kurz die wirtschaftlichen Zusammenhänge aufgezeigt werden:

— Im allgemeinen: Die sehr hohe Verflechtung der ungarischen Wirtschaft mit der Außenwelt übt notwendigerweise einen starken Einfluß auf binnenwirtschaftliche Entscheidungen aus.

— In den internationalen Finanzen: Leichter Zugang zu internationalen Krediten könnte die Wachstumsaussichten verbessern und die Investitionen und technologischen Importe erhöhen, die zur Exportsteigerung schon mittelfristig unabdingbar sind.

— Im internationalen Handel: Die Veränderung der Exportstruktur kann nicht über Nacht erfolgen, da aber die Steigerung der Exporterlöse die wichtigste kurzfristige Aufgabe darstellt, könnten bessere Marktbedingungen (handelspolitische Erleichterungen vor allem seitens der EG) eine Atempause herbeiführen und die allmähliche Anpassung ermöglichen.

— In der Rückwirkung auf die ungarische Entwicklung: Die in Gang gesetzten Reform-

prozesse werden wegen weltwirtschaftlicher Ereignisse und Einflüsse oft konterkariert (zwangsläufige Importsubstituierung, unternehmerische Gegeninteressen hinsichtlich zu „rascher“ und „weitgehender“ Reformen usw.). Diese Wirkungen können bleibende Spuren

in der ungarischen Wirtschaftsentwicklung hinterlassen und dadurch auch den Rahmen und die Perspektiven der allgemeinen Ost-West- und gesamteuropäischen Zusammenarbeit nachhaltig — direkt oder indirekt — mitbestimmen.

Rumäniens Sonderentwicklung im Ostblock

Dem Außenstehenden mag es merkwürdig erscheinen, daß ausgerechnet jenes Mitgliedsland des Warschauer Paktes und des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW), das innenpolitisch die meisten Merkmale des Stalinismus bewahrte, im Bereich der Wirtschafts- und Außenpolitik ein verhältnismäßig hohes Maß an Blockunabhängigkeit erreichen konnte. Dabei stimmt die in den siebziger Jahren von Ostexperten vertretene These, wonach die weitgehende außenpolitische Unabhängigkeit dieses Balkanlandes zwangsläufig mit innerer Unfreiheit erkauft werden mußte, nur bedingt mit der Wirklichkeit überein. Selbstverständlich durfte Bukarest, wollte es auf Emanzipationskurs gegenüber Moskau gehen, nicht zugleich der inneren Liberalisierung das Wort reden. Das Beispiel Ungarns 1956 und der Tschechoslowakei 1968 schreckte alle potentiellen Nachahmer gründlich ab. Die schwache und unpopuläre Rumänische Kommunistische Partei (RKP) hatte jedoch niemals die Absicht, eine innenpolitische Lockerung der Zügel vorzunehmen. Ganz abgesehen davon, daß es im Falle einer Liberalisierung mit der Entwicklung unkontrollierbarer Eigengesetzlichkeiten rechnen mußte, liegt dem Alleinherrscher Ceauşescu auch schon der Gedanke einer Delegierung wesentlicher Kompetenzen an untergeordnete Organe oder Körperschaften fern. Rumänien war auch in der Zwischenkriegszeit im wesentlichen eine Pro-forma-Demokratie und das Volk hatte kaum Gelegenheit, sich mit demokratischen Spielregeln vertraut zu machen.

Die intensiven Kontakte Rumäniens zur Bewegung der blockfreien Staaten bedeuten andererseits nicht, daß sich Ceauşescu mit dem Gedanken trägt, das osteuropäische Bündnis-system zu verlassen; allein schon deshalb nicht, weil seine Position im Lande dermaßen angeschlagen ist, daß er auf die psychologi-

sche Rückendeckung der „Bruderparteien“ nicht verzichten kann. Wenngleich ihm am Wohlwollen Moskaus nach wie vor gelegen sein muß, hält Ceauşescu an der Idee der vollen Gleichberechtigung und Unabhängigkeit aller kommunistischen Staaten und Parteien fest. Diese spezifisch rumänische Konzeption einer Welt „sozialistischer Vaterländer“ hatte ihren Ausgangspunkt auf dem IX. Parteikongreß vom Juli 1965, der Nicolae Ceauşescu zum Partei-Generalsekretär berief. Dieser Kongreß verabschiedete ein neues Parteistatut, in dem die Grundprinzipien der „sozialistischen Arbeitsteilung“, denen sich das kommunistische Rumänien verpflichtet fühlt, aufgezählt werden¹⁾. Bukarest hat seither wiederholt darauf verwiesen, daß diese Grundsätze formal von allen kommunistischen Parteien bereits akzeptiert wurden.

Beides, sowohl der Wunsch nach größtmöglicher Unabhängigkeit wie auch der Hang der gegenwärtigen Parteiführung zu einer neostalinistischen Tyrannis wurzelt in der Geschichte der Rumänen und in der der Rumänischen Kommunistischen Partei. Man sucht vergeblich nach einem anderen Mitgliedstaat des Warschauer Paktes, dessen Politik ebenso stark wie in Rumänien von nationalen Nostalgien und historischen Empfindlichkeiten geprägt wäre. Dies führte zu einer synkretistischen Ideologie voller Paradoxien, auf der Grundlage eines extremen Nationalismus und ebenso radikalen „Internationalismus“ sui generis. Eine bizzare Dialektik, die marxistisches Gedankengut nur mehr als Spurenelemente enthält, hat dies ermöglicht. Ihr Schöpfer leitete freilich daraus den Anspruch für sich ab, einer der ganz großen Erneuerer des Kommunismus zu sein. Und die rumänische Historiographie zählt die Zeit vor 1965, zumindest was Rumänien anbelangt, zur kommunistischen Vorgeschichte.

I. Die RKP-Ideologie: eine Mischung aus geschichtlichen Überlieferungen und national-egozentrischem Selbstverständnis

Das national-egozentrische Selbstverständnis der rumänischen Kommunisten war latent vorhanden, noch ehe die KP-Führung auch nur erwägen konnte, es programmatisch zu

artikulieren. Die in der Zwischenkriegszeit

¹⁾ Das Parteistatut erschien zunächst als Entwurf in der Tagespresse am 6. Juni 1965. Kurz nach Beendi-

politisch bedeutungslose RKP²⁾ setzte sich zu einem erheblichen Teil aus „allogenen Elementen“ (im Volksmund: unassimilierbare Fremde, insbesondere siebenbürgische Magyaren, Juden und Ukrainer) zusammen, und auch die ihr von der KOMINTERN oktroyierten ZK-Generalsekretäre waren keine Rumänen und beherrschten noch nicht einmal, was von der Geschichtsschreibung der Ära Ceaușescu besonders scharf angeprangert wird³⁾, die rumänische Sprache. Sie seien „Kreaturen fremder Interessen“ gewesen und dienten fremden Mächten, nicht Rumänien und nicht dem rumänischen Volk⁴⁾.

1. Die politischen Voraussetzungen der nationalen Emanzipation

Es gibt keinen Zweifel daran, daß Stalin selbst die Weichen für die Rumänisierung der RKP gestellt hat, als er 1952, damals für Uneingeweihte völlig überraschend, die Gruppe um Ana Pauker, die sich während des Zweiten Weltkriegs in der UdSSR aufgehalten hatte und enge Beziehungen zum Kreml besaß, fallen ließ und Gheorghé Gheorghiu-Dej, einen in Rumänien verbliebenen und später verhafteten Kommunisten, als Ersten ZK-Sekretär bestätigte. Zwischen der Fraktion der „Moskowiter“, die sich mehrheitlich aus Angehörigen nationaler Minderheiten zusammensetzte und im Gefolge der Sowjetarmee nach

gung des IX. Parteitagess wurde es im August 1965 als Broschüre veröffentlicht.

²⁾ V. Grigorjan, Die Strategie und Taktik des Leninismus — eine Waffe der brüderlichen kommunistischen Parteien, in: *Bolshevik*, 17 (1950) 7, S. 14. Der sowjetische Autor stellt fest, daß die RKP vor der Kapitulation Rumäniens am 23. August 1944 weniger als tausend Mitglieder zählte.

³⁾ Gh. Ioniță/M. Mușat, Stufen der Geschichte bis hin zum großen Forum vom November 1974, in: *Magazin Istoric*, (1974) 11, insbesondere S. 19. Die beiden Autoren vermerken, daß nach dem Gründungskongreß der RKP vom 8. bis 14. Mai 1921 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges nur noch ein einziger Parteitag, 1922 in Ploiești, auf rumänischem Boden abgehalten wurde. Der III. Parteitag fand im August 1924 in Wien statt, wobei der Magyare Elek Kőlbös zum Generalsekretär gewählt wurde; auf dem IV. Parteikongreß vom Juni 1928, der in Charkov stattfand, sei der Ukrainer Vitali Holostenko (Deckname Barbu) der RKP als ZK-Generalsekretär aufgezungen worden; und auch noch auf dem vom 3. bis 24. Dezember 1931 abgehaltenen V. Parteitag habe man der RKP einen weiteren Ukrainer, Alexander Danieluk-Stefanski, als ZK-Generalsekretär oktroyiert.

⁴⁾ Ș. Lache/Gh. Tuțui, Rumänien und die Friedenskonferenz von 1946, Cluj 1978. Die beiden Autoren verurteilen neben der KOMINTERN auch unmittelbar die KPdSU wegen ihrer falschen Einschätzung der Intentionen Hitlers und ihrer verhängnisvollen Direktiven an die RKP. Ihre Aussagen stützen sich auf Daten, die sie dem ZK-Archiv, Bestand 1, Akte 167, S. 15—22, entnahmen.

Rumänien zurückgekehrt war, und der Fraktion der „Bodenständigen“ unter der Leitung des ehemaligen Eisenbahners Gheorghiu-Dej, die ausschließlich aus ethnischen Rumänen bestand, hatte es, da beide den Führungsanspruch erhoben, von Anfang an Reibereien gegeben. Der innerparteiliche Machtkampf mußte freilich so lange verschoben werden, bis der „Klassenfeind“ liquidiert war und es der RKP gelang, ihre Kaderbasis zu erweitern. 1951 brach der Konflikt zwischen den beiden Flügeln offen aus. Stalin, der im Jahr vor seinem Tode seine letzte „antizionistische Aktion“ gestartet hatte, entschied sich gegen die Jüdin Pauker. Die „Rumänisierung“ der RKP war damit eingeleitet⁵⁾.

Entscheidend für die spätere ideologische und außenpolitische Metamorphose der RKP war ferner der von rumänischen KP-Spitzenfunktionären Chruschtschow geschickt suggerierte Entschluß, die in Rumänien aufgrund des Pariser Friedensvertrags „zeitweilig stationierten“ sowjetischen Truppen zurückzuziehen⁶⁾. Damit hat sich Bukarest eines lästigen Kontrolleurs entledigt, der sein Wohlverhalten auf Bündnistreue und „internationalistische Solidarität“ überwachte.

Moskau konnte kaum damit rechnen, daß Bukarest sich die Begründung für seine spätere Emanzipationspolitik gerade auf der von der KPdSU einberufenen „Beratung der kommunistischen und Arbeiterparteien“, die im Rahmen der Feierlichkeiten „zum 43. Jahrestag der Großen Oktoberrevolution“ veranstaltet wurde⁷⁾, holen würde. Als von grundsätzlicher Bedeutung für das politische Selbstverständnis der RKP sollte sich in den folgenden Jahren die in den Abschlußdokumenten der erwähnten Konferenz enthaltene Definition erweisen: „Das sozialistische Lager ist die soziale, wirtschaftliche und politische Gemeinschaft freier, souveräner Völker, die durch enge Bande der internationalen sozialistischen Solidarität und durch die Einheit der gemeinsamen Interessen und Ziele geeint sind und den Weg zum Sozialismus und Kommunismus gehen... Die sozialistischen Staaten, die sich von den Prinzipien der völligen Gleichberechtigung, des gegenseitigen Vorteils und der kameradschaftlichen gegenseitigen Hilfe leiten lassen, vervollkommen allseitig die wirtschaftliche, politische und kul-

⁵⁾ D. Ghermani, Die nationale Souveränitätspolitik der SR Rumänien. 1. Teil: Im Rahmen des sowjetischen Bündnissystems, München 1981, insbesondere S. 30—36.

⁶⁾ Chruschtschow erinnert sich (Memoiren), Hamburg 1971, S. 514—515.

⁷⁾ Neuer Weg vom 2. 12. 1960.

turelle Zusammenarbeit, was sowohl den Interessen eines jeden sozialistischen Staates als auch den Interessen des gesamten sozialistischen Lagers entspricht.⁸⁾ Es kann als sicher gelten, daß diese von der KPdSU-Führung mitgetragene Definition vom Kreml nicht als Verzicht auf seinen Primatanspruch oder gar als Aufforderung an seine Satelliten aufgefaßt wurde, sich zu verselbständigen. Diese Moskauer „Beratung“ war das letzte internationale Treffen von kommunistischen Parteien, an dem die KP Chinas, die Ende der sechziger und in den siebziger Jahren den renitenten Rumänen wiederholt den Rücken stärkte, teilnahm.

2. Die Hauptthesen der Bukarester Doktrin

Der Bruch zwischen Peking und Moskau bildete für Bukarest den willkommenen Anlaß, seinen Emanzipationskurs gegenüber der Sowjetunion einzuleiten und voranzutreiben. Die RKP-Führung sah freilich davon ab, in der Auseinandersetzung der beiden Giganten direkt einzugreifen; sie bot vielmehr ihre guten Dienste als Vermittler an, nutzte jedoch zugleich die Gelegenheit, um der eigenen unorthodoxen Ideologie schärfere Konturen zu verleihen. Nach mehreren Anläufen, in denen sie immer stärker ihre Unabhängigkeit betonte, war es 1964 so weit. Die RKP ließ im zentralen Presseorgan eine „Erklärung zum Standpunkt der Rumänischen Arbeiterpartei in den Fragen der internationalen kommunistischen und Arbeiterbewegung“ veröffentlichen, die vom ZK-Plenum am 22. April verabschiedet worden war. Sie „empfahl“ darin Peking und Moskau „die sofortige Einstellung der öffentlichen Polemik“. Von größerer Tragweite für die weitere politische Entwicklung der RKP und ihres ideologischen Selbstverständnisses waren allerdings einige Grundsatzserklärungen, die ebenfalls in diesem Dokument enthalten sind. Als Eckpfeiler und „ideologisches Feigenblatt“ diente Bukarest ein aus dem größeren Zusammenhang gerissenes Lenin-Zitat, in dem der Gründer der UdSSR von der Notwendigkeit der ideologischen und politischen Anpassung an die jeweiligen „nationalen Besonderheiten“ sprach⁹⁾.

Das ZK-Plenum verwies in seiner „April-Erklärung“ nachdrücklich darauf, daß Bukarest die Übertragung der nationalstaatlichen Funktionen auf „überstaatliche Organe“

grundsätzlich ablehne. Ein „allen RGW-Ländern übergeordnetes Planungssystem würde äußerst ernste wirtschaftliche und politische Verwicklungen mit sich bringen“. Ferner: Die volkswirtschaftliche Planung sei „ein grundlegendes, wesentliches und unveräußerliches Attribut der Souveränität jedes sozialistischen Staates... Die Souveränität würde zu einem inhaltslosen Begriff, ginge auch nur ein Hebel in die Zuständigkeit überstaatlicher Organe über“. Darüber hinaus kämpfte Rumänien für die Ausweitung der internationalen Kooperation auch zwischen Ländern „unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“. Schließlich setze sich die RKP für die Abschaffung aller Militärblöcke ein.

Definitive Form nahm die neue RKP-Doktrin auf dem IX. Parteikongreß vom 19. bis 24. Juli 1965 an. Die bis in die Gegenwart hinein geltenden Prinzipien wurden vom neuberufenen Partei-Generalsekretär Ceauşescu und dem Altkommunist Emil Bodnăraş den vor den Kopf gestoßenen Gästen aus den sozialistischen „Bruderländern“ und einer völlig überraschten Öffentlichkeit präsentiert. Sie lauteten:

„1. Die Nation und der Staat werden noch lange Zeit die Grundlagen für die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft bilden. Die Entwicklung der Nation und die Festigkeit des sozialistischen Staates entsprechen den objektiven Erfordernissen des gesellschaftlichen Lebens; dies widerspricht nicht nur in keiner Weise den Interessen des sozialistischen Internationalismus, sondern steht, im Gegenteil, in vollem Einklang mit diesen.

2. Die Nation als historische Formation, weit davon entfernt überholt zu sein, findet erst im Sozialismus die Voraussetzung, um sich voll auf durchsetzen und behaupten zu können. Die Unabhängigkeit und Souveränität der Nation und des sozialistischen Staates sind somit objektiv begründete Forderungen.

3. Erst zwischen unabhängigen und souveränen sowie gleichberechtigten sozialistischen Nationen und Staaten erhält der proletarische Internationalismus Inhalt und Wirklichkeit, stellt er die authentische Verkörperung der (...) vereinten Kraft aller dar.“¹⁰⁾

Der seltsame Synkretismus zwischen Internationalismus und Nationalismus war perfekt, der Streit mit den Verbündeten über die wahre Auslegung der „Klassiker“ hatte begonnen und wird bis in die Gegenwart hinein lei-

⁸⁾ W. I. Lenin, Werke Bd. 31 (rumänische Ausgabe), Bukarest 1956, S. 75.

⁹⁾ Scnteia vom 26. 4. 1964.

¹⁰⁾ Ebd. vom 24. 7. 1965. Die von Ceauşescu und Bodnăraş vorgetragene These wurden, da sie einen Block bilden, nicht getrennt angeführt.

denschaftlich fortgesetzt. An aktueller Brisanz mangelt es diesen rumänischen Thesen vor allem in der erst seit einem Jahr eingeleiteten Andropov-Ära nicht: Die „Verschmelzungstheorie“ steht vor allem in der UdSSR erneut hoch in Ehren. Anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung der UdSSR am 21. Dezember 1982 berief sich Andropov auf die Zielsetzung Lenins, langfristig die Nationen und Staaten der Welt „nicht nur enger aneinander zu bringen, sondern sie zu verschmelzen“, um die sowjetischen Ambitionen zu rechtfertigen¹¹⁾. Ceausescu begnügte sich in

der Folgezeit bei verschiedenen Anlässen mit der Wiederholung seiner wohlbekannten Thesen; er ließ jedoch zugleich im April 1983 den Stellvertretenden Sektionsleiter für Propaganda im Zentralkomitee, Eugen Florescu, schroff auf Andropov — freilich ohne Namensnennung — erwidern. Florescu verwarf die „Verschmelzungstheorie“ als „obsolet“ und „wirklichkeitsfremd“ in zwei Grundsatzartikeln¹²⁾. Auch Vertreter anderer Blockstaaten griffen 1983 dezidiert im Sinne des sowjetischen Standpunkts in die neuentfesselte Polemik ein.

II. Rumänien in der Ära Ceausescu

Das politische, soziale und ökonomische Leben Rumäniens ist dermaßen von der Person des RKP-Generalsekretärs und Staatspräsidenten Ceausescu geprägt, daß die „Hofideologen“ sich mit dem Werdegang ihrer Partei in der Zeit vor 1965 kaum noch befassen. Dafür wird jeder doktrinären Erklärung des „Staats- und Volksführers“, wie Ceausescu von den Medien bezeichnet wird, der Wert eines historischen Faktums beigemessen. Der Personenkult um Ceausescu und seinen mit wichtigen Ämtern versehenen Familienangehörigen muß in der heutigen kommunistischen Welt wie ein Anachronismus wirken¹³⁾. Ceausescu wird als Alleinschöpfer des heutigen Rumänien dargestellt; die Identifikation des kommunistischen Selbstherrschers mit *seinem* Werk erscheint vollkommen. Es gibt keinen Bereich der Politik und des öffentlichen Lebens, der nicht von ihm geprägt wäre.

1. Innenpolitische Inkonsistenzen

Das Volk der Rumänen verfügt seit Beginn der siebziger Jahre über weniger Rechte und persönliche Freiheiten als die Bewohner aller anderen Länder des sozialistischen Lagers. Dies ist um so erstaunlicher, als Ceausescu in den ersten Jahren nach seiner Machtübernahme einige Liberalisierungsmaßnahmen mitrug bzw. in die Wege leitete. 1964 hatte bereits sein Vorgänger, Gheorghiu-Dej, unter dem Druck mehrerer westlicher Regierungen einen Großteil der politischen Gefangenen

aus den Gefängnissen entlassen und nach und nach in das Arbeitsleben integriert. Ein wichtiges Moment im Umkehrprozeß des rumänischen Kommunismus bildete die „Versöhnung“ mit den Intellektuellen, denen Ceausescu unmittelbar nach dem IX. Parteikongreß seine neue politische Linie erklärte, um sie für die Unterstützung seines nationalzentrischen Kurses zu gewinnen¹⁴⁾.

Im Frühjahr 1965 verfügte Bukarest die Öffnung der Grenzen für den internationalen Tourismus¹⁵⁾ und ermöglichte damit stillschweigend Kontakte zwischen Rumänen und Ausländern. Zugleich wurde eine großangelegte Kampagne zur Rehabilitierung der unter sowjetischem Einfluß diskreditierten „großen Männer“ der rumänischen Geschichte gestartet, wobei deren politische Überzeugung oder „Klassenzugehörigkeit“ nur eine unwesentliche Rolle spielte¹⁶⁾. Diesem Konzept entsprechend wurde die nationale Geschichte im Eiltempo umgeschrieben¹⁷⁾. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre wurden die Aktivitäten des Sicherheitsapparats deutlich eingeschränkt und die zuständigen Behörden handhabten die Ausstellung von Reisepässen für private Zwecke unbürokratischer. Zudem gab

¹⁴⁾ Vgl. Perspektiven der Bukarester Kulturpolitik — Vaterländische Parolen beim „Aufbau des Sozialismus-Kommunismus“, in: Wissenschaftlicher Dienst Südosteuropa (WDSOE), 14 (1965), S. 60—62.

¹⁵⁾ Ebd. S. 88.

¹⁶⁾ Vgl. Bukarest rehabilitiert die „Gestrigen“ — Entscheidend sind die nationalen Verdienste, in: WDSOE, S. 89—92.

¹⁷⁾ Vgl. Nationale Geschichte neu gesehen, in: WDSOE, S. 123—125, sowie D. Ghermani, Die kommunistische Umdeutung der rumänischen Geschichte unter besonderer Berücksichtigung des Mittelalters, München 1967, insb. S. 124—136.

¹¹⁾ Pravda vom 22. 12. 1982.

¹²⁾ România Liberă vom 18. und 25. 4. 1983.

¹³⁾ Über Aufstieg und Machtvermehrung Ceausescus siehe D. Ghermani, Die Rumänische Kommunistische Partei, in: K. D. Grothausen (Hrsg.), Südosteuropa-Handbuch, Bd. II, Rumänien, Göttingen 1977, insbesondere S. 19—41.

es Ansätze für eine größere Rücksichtnahme gegenüber den nationalen Minderheiten¹⁸⁾.

Vor allem das kulturelle Leben des Landes hatte von diesem politischen „Tauwetter“, das den „sozialistischen Realismus“ zeitweilig verdrängte, ausgiebig profitiert. Die von Ceaușescu nach seiner Rückkehr von einer China-reise im Sommer 1971 ausgelöste sogenannte „kleine Kulturrevolution“ bereitete dann all diesen Neuerungen ein jähes Ende. Über die Ursachen dieses unerwarteten Kurswechsels wird bis heute gerätselt. Wahrscheinlich ist jedoch, daß Ceaușescu fürchtete, die von ihm tolerierten Liberalisierungsbestrebungen könnten ausufern, worauf ihm von Mao geraten wurde, die Zügel zu straffen¹⁹⁾. Jedoch trug auch das Unvermögen des „Staats- und Volksführers“, in liberalen Kategorien zu denken und zu handeln, zum erneuten Kurswechsel bei.

Ungeachtet dieser teilweisen Rückkehr zu den Zuständen vor 1964 hielt Ceaușescu an der nationalzentrischen Geschichtsdeutung und an der patriotischen Ausrichtung der Literatur und Künste ohne Abstriche fest. Die Rechte und Freiheiten der Bevölkerung wurden zu Beginn der achtziger Jahre im Gefolge der Verschärfung der Wirtschaftskrise, die Rumänien bis an den Rand der Zahlungsunfähigkeit führte, im Inneren verheerende Versorgungsengpässe verursachte und den Lebensstandard auf einen Nachkriegstiefstand sinken ließ, noch einmal beschnitten.

2. Die rumänische Wirtschaftskonzeption und -praxis

Die ökonomische Konzeption der rumänischen KP-Führung läßt sich in wenigen Sätzen skizzieren: Vorbedingung für eine tragfähige eigenständige Politik sei der Abbau der 1965 bestehenden wirtschaftlichen Abhängigkeiten vom RGW; zugleich müßten die Wirtschaftsbeziehungen zur übrigen Welt ausgebaut und die eigene Industrie (auf Kosten der Agrarwirtschaft) forciert aufgebaut werden; diese Umorientierung bedürfe einer ideologischen Untermauerung. Diese wurde als Doktrin der „Öffnung nach allen Seiten“ definiert.

Als Bukarest um die Mitte der sechziger Jahre zunächst vorsichtig damit begann, die Bande zum Warschauer Pakt und zum RGW zu lockern, war seine Wirtschaft von der sei-

ner Bündnispartner stark abhängig. Der RGW-Anteil am rumänischen Außenhandel betrug 1960 66,62%, jener der UdSSR allein 40,10%. In der Zwischenkriegszeit waren die Industrieländer Westeuropas die wichtigsten Handelspartner Rumäniens gewesen. Ein Teil von ihnen ging in der ersten Nachkriegsperiode für Rumänien nahezu gänzlich verloren.

Die Umorientierung des Warenverkehrs erfolgte nach 1960 sehr schnell — ein Prozeß, der durch den Beitritt Rumäniens zum Internationalen Währungsfonds (IMF) und zur Weltbank — als erstes RGW-Land — sowie zu verschiedenen UNO-Organisationen zu Beginn der siebziger Jahre ungemein beschleunigt wurde. Der RGW- und (getrennt errechnet) der sowjetische Anteil am rumänischen Außenhandel nahm in der Folgezeit rapide ab²⁰⁾:

Jahr	(in Prozent)	
	RGW insgesamt	UdSSR
1965	60,33	38,75
1970	49,06	27,01
1975	37,50	18,56
1980	32,08	17,45
1981	41,50	18,12

Damit besaß Rumänien zu Beginn der achtziger Jahre unter allen RGW-Ländern den mit Abstand geringsten blockinternen Außenhandelsanteil. Gegenwärtig scheint sich dieser Trend angesichts der auf rund 15 Milliarden US-Dollar geschätzten Auslandsschuld Rumäniens gegenüber den Hartwährungsländern erneut umzukehren. Der Warenverkehrsanteil der UdSSR unterliegt bereits seit 1975 keinerlei gravierenden Schwankungen mehr. Zwar ist es Bukarest seit 1982 gelungen, im Handel mit den westlichen Industrieländern positive terms of trade zu erwirtschaften, dies ließ sich jedoch allein durch eine drastische Reduzierung des Außenhandels insgesamt bewerkstelligen. Ehrgeizige Exportpläne Rumäniens ließen sich angesichts der mangelnden Wettbewerbsfähigkeit vieler rumänischer Industrieprodukte nicht verwirklichen. Darum scheut Bukarest neuerdings keinen Versuch, sich — freilich ohne auf die gewonnenen politischen Freiräume verzichten zu wollen — stärker an den RGW anzulehnen. Auf den RGW-Konferenzen von Prag (1980), Sofia (1981), Budapest (1982), Ost-Berlin (1983) wa-

¹⁸⁾ Wege der rumänischen Nationalitätenpolitik — Bukarest und die Minderheiten, in: WDSOE, 17 (1968), S. 17—18.

¹⁹⁾ Vgl. Ceaușescus „harter“ ideologischer Kurs — Zurück zu den Dogmen der fünfziger Jahre?, in: WDSOE, 20 (1971), S. 124—128.

²⁰⁾ Eigenrechnung nach Anuarul Statistic al Republicii Socialiste România 1982 (Statistisches Jahrbuch der SRR), Bukarest 1983, S. 256—258.

ren diese Bestrebungen aber weitgehend erfolglos. Nach den vorliegenden unvollständigen Angaben ist der RGW-Anteil am rumänischen Außenhandel 1982 dennoch gestiegen; dies jedoch, weil der Warenverkehr Rumäniens mit den Ländern mit konvertibler Währung absolut noch stärker als jener mit den „Bruderländern“ abgenommen hat. Er ist offenbar weiterhin rückläufig.

Bis zum Beginn der achtziger Jahre hatte sich der Außenhandel Rumäniens mit den Nicht-RGW-Ländern spektakulär entwickelt²¹⁾:

Jahr	(in Prozent)	
	OECD	Dritte Welt
1960	22,39	10,99
1965	19,18	10,49
1970	35,91	15,03
1975	38,52	23,98
1980	33,74	34,18
1981	33,66	35,69

Der Anteil der Dritten Welt (einschließlich Chinas und Jugoslawiens) ist demnach gegen Ende der analysierten Periode konstant und deutlich auf Kosten des OECD-Anteils gewachsen. Rumänien, das sich im Winter 1981/1982 gezwungen sah, bei den westlichen Gläubigerländern um Zahlungsaufschub zu bitten, mußte bereits gegen Ende der siebziger Jahre die Importe von Maschinen und Ausrüstungen aus dieser Region drosseln. Es ging jedoch nicht weit genug in diese richtige Richtung und steigerte darüber hinaus seine Schuldenlast auch gegenüber den OPEC-Staaten, deren Erdöllieferungen es durch Agrar- und Industrieexporte sowie durch Technologietransfer vergeblich zu begleichen hoffte. Länder wie Iran und Irak, zu denen Rumänien noch Mitte der sechziger Jahre kaum Außenhandelsbeziehungen unterhielt, erreichten zu Beginn der achtziger Jahre die anteilmäßige Rangstellung vier und fünf²²⁾.

Jedoch, auch wenn Rumänien die Einwirkungen der Weltwirtschaftskrise erspart geblieben wären, hätte seine Wirtschaftspolitik über kurz oder lang Schiffbruch erlitten. Die RKP-Führung hat viel zu spät erkannt, daß Rumänien eine differenziertere internationale Wirtschaftskooperation und Arbeitsteilung betreiben muß, will es mit vergleichba-

ren Ländern Schritt halten und einen ökonomischen Kollaps vermeiden. Ungarn und Bulgarien haben beispielsweise beim Ausbau ihrer Wirtschaftsbeziehungen mit dem Ausland dank einer Auflockerung ihrer Planwirtschaft leidliche Ergebnisse erzielt. Rumänien hat aber auch nach der Gründung von joint ventures, die es als erstes unter allen RGW-Ländern einführt, seinen notorisch rigorosen Zentralismus nicht abgebaut²³⁾. Etliche gemischte Gesellschaften mußten aufgrund unbefriedigender Resultate mit der Zeit aufgegeben werden²⁴⁾. Und die Kooperation im Rahmen des RGW, die das Gründungsmitglied Rumänien seit 1964 systematisch unterlaufen hat, konnte niemals richtig gedeihen²⁵⁾.

Die RKP hat freilich im ökonomischen Bereich auch weitere Fehlleistungen verschuldet. Die sträfliche Vernachlässigung der Agrarökonomie und der beständige Versuch, offensichtliche Mängel durch personelle Veränderungen und organisatorische Reformen aus der Welt zu schaffen oder zu kaschieren²⁶⁾, haben jeden Ansatz einer Wirtschafts-sanierung zunichte gemacht.

Von großer negativer Tragweite erwies sich die forcierte Industrialisierung auf Kosten des Lebensstandards der Bevölkerung. Noch 1982, als die Wirtschaftskrise bereits mit voller Wucht ausgebrochen war, verwies ein rumänischer Nationalökonom mit Stolz auf die vermeintlichen Leistungen der siebziger Jahre, die sich gegenüber jenen anderer Länder und Ländergruppen stark abheben würden: „Zwischen 1970 und 1980 ist das durchschnittliche Nationaleinkommen der RGW-Staaten um 66 %, jenes der entwickelten kapitalistischen Länder jedoch lediglich um 38 % gewachsen. Der Zuwachs der EG-Staaten allein genommen fiel mit 28 % noch geringer aus.“ Die Industrie habe wiederum Zuwächse von 84 % (RGW), 37 % (OECD insgesamt) und 25 % (EG) registriert. Die entsprechenden Zuwachsraten in Rumänien lauteten aber: 141 %

²¹⁾ Vgl. Auslandskapital in Rumänien — Die „gemischten Gesellschaften“ gewinnen Gestalt, in: WDSOE, 21 (1972), S. 200—202.

²²⁾ R. Schönfeld, Joint Ventures mit westlicher Kapitalbeteiligung in sozialistischen Ländern, in: G. Brunner (Hrsg.), Wirtschaftsrecht, internationaler Handel und friedliche Koexistenz in osteuropäischer Sicht, Berlin 1982, S. 75—94.

²³⁾ Vgl. Bukarest gegen eine COMECON-Straffung — Nationalistische Unabhängigkeit auch in der Wirtschaft?, in: WDSOE, 18 (1969), S. 10—12.

²⁴⁾ D. Ghermani, Rumäniens Agrarsystem im Organisationswandel — Eine „Jubiläumsreform“ 30 Jahre nach der Kollektivierung, in: WDSOE, 28 (1978), S. 74—79, sowie ders., Aktivismus in der rumänischen Agrarpolitik, in: Südosteuropa, 31 (1982) 7/8, S. 391—397.

²¹⁾ Zur Staatengruppe „Dritte Welt“ wurden auch die nichtblockgebundenen sozialistischen Länder (etwa China und Jugoslawien), deren Anteil am rumänischen Außenhandel in den siebziger Jahren stark expandierte, mitgezählt.

²²⁾ Vgl. D. Ghermani, Rumänien und der RGW, in: Südosteuropa, 32 (1983) 9, S. 492—507.

(Nationaleinkommen), 190 % (Industrieproduktion) und 185 % (produktives Anlagevermögen)²⁷⁾. Darüber, daß Rumänien gegenwärtig mit einem zum Teil veralteten Maschinenpark und ungenutzten Kapazitäten dasteht, ohne die Möglichkeit zu haben, durch dringende benötigte Importe Modernisierungen vorzunehmen, wird ebenso geschwiegen wie über die schlechte Arbeitsmoral großer Teile der unzulänglich bezahlten Arbeiterschaft und über die weit verbreitete Korruption. Unter den gegebenen Umständen würde es auch einem weitaus effizienteren Management, als dem vorhandenen, nur schwer gelingen, die ausgelaugte Wirtschaft anzukurbeln²⁸⁾.

3. Die eigenwillige Außenpolitik

Außenpolitisch ist es Bukarest seit 1964 zweifellos gelungen, trotz einer oft akuten existentiellen Bedrohung durch die UdSSR seinen eigenen Weg zu gehen. Die Politik der „Öffnung nach allen Seiten“ diente Rumänien nicht allein zum weltweiten Ausbau seiner diplomatischen Kontakte, sondern zugleich zur internationalen Profilierung seiner Parteispitze. Als Sprachrohr der „kleinen und mittleren Staaten“, ohne Rücksicht auf ihre Gesellschaftsordnung, als Interessenvertreter der Entwicklungsländer²⁹⁾, als Vorkämpfer für den Friedens- und Abrüstungsgedanken auf dem Boden der UNO, der KSZE und vieler anderer internationalen Foren³⁰⁾, insbesondere jedoch aufgrund seiner regen Vermittlertätigkeit im Ost-West- und Nord-Süd-Konflikt sowie in etlichen Spannungsregionen, erntete Ceauşescu außerhalb des Warschauer Paktes viel Ansehen. Seine insgesamt betrachtet erfolgreiche Außenpolitik hat freilich die öffentliche Meinung der nichtkommunistischen Welt von der innenpolitischen Situation des Landes abgelenkt.

a) Die blockinterne Politik

Hauptkomponente der rumänischen Außenpolitik war seit 1964 die Bestrebung Ceauşescus, den sowjetischen Hegemonialanspruch abzuschütteln. Die Versuche der RKP-Füh-

rung zwischen 1964 und 1968, eine Versöhnung zwischen Moskau und Peking herbeizuführen, waren fadenscheinig und wurden hauptsächlich deswegen unternommen, um sich blockintern von der UdSSR abzusetzen und international zu profilieren. Letztendlich strebte Bukarest auch die Rückendeckung Chinas für seinen Autonomiekurs an. Der sowjetisch-chinesische Zwiſt kam Rumänien insofern sehr gelegen, als er anschaulich den Beweis erbrachte, daß es im Rahmen der etablierten kommunistischen Parteien unterschiedliche, den nationalen Realitäten entsprechende Auslegungen des Marxismus-Leninismus geben kann und soll. So war es kein Wunder, daß ein hoher Parteifunktionär im krassen Widerspruch zur zentralistischen Auffassung Moskaus auf dem X. Parteikon-greß der RKP vom Sommer 1969 statuierte: „Indem die Partei der Nation die Erinnerung an ihre unvergänglichen Tugenden zurückgab, vollzog sie einen ihrer bedeutsamsten Akte der Gerechtigkeit.“³¹⁾ Jede Partei war somit in den Augen der RKP an erster Stelle der eigenen Nation verpflichtet. Von einer Verpflichtung gegenüber der kommunistischen Weltbewegung war hingegen kaum noch die Rede.

Der rumänisch-sowjetische Gegensatz hatte freilich bereits ein Jahr zuvor im Zusammenhang mit der Besetzung der Tschechoslowakei durch Truppenverbände aller Warschauer-Paktstaaten mit Ausnahme Rumäniens einen ersten Höhepunkt erreicht. Nur dank einer engagierten Rückendeckung durch die kommunistischen Parteien Chinas, Italiens, Spaniens sowie einiger anderer nichtblockgebundener Länder konnte es sich Ceauşescu damals leisten, Moskau frontal zu attackieren: „Die Truppen der fünf sozialistischen Länder sind, ohne von den legalen und gewählten Organen des Landes gerufen worden zu sein, unter dem Vorwand in die Tschechoslowakei eingedrungen, eine gewisse Gruppe habe sie dazu aufgefordert.“ Bukarest widersprach damit der sowjetischen Version unumwunden. Mit Blick auf die von Moskau formulierte sogenannte „Breschnew-Doktrin“, die auch im Falle Rumäniens Anwendung finden konnte, befand Ceauşescu, daß „allein die gewählten Organe der jeweiligen Partei und des jeweiligen Staates ... die Verantwortung für die Geschichte ihrer sozialistischen Nation tragen“³²⁾. Rumänien hatte sich folgerichtig be-

²⁷⁾ F. Măgăreanu, Aktuelle Probleme der Vervollkommnung der Wirtschaftskooperation zwischen den RGW-Mitgliedsländern, in: Revista Economică vom 9. 7. 1982, S. 11—13.

²⁸⁾ D. Ghermani, Rumäniens Wirtschaftskrise, in: Südosteuropa, 31 (1982) 3/4, S. 207—219.

²⁹⁾ D. Ghermani, Die „Neue Weltordnung“ aus der Sicht der rumänischen KP, in: W. Gumpel (Hrsg.), Südosteuropa im Entwicklungsprozeß der Welt, München 1979, S. 203—226.

³⁰⁾ D. Ghermani, Rumänien und die KSZE. Bukarest als Sprecher der „kleinen Länder“, in: WDSOE, 30 (1981), S. 275—279.

³¹⁾ Der X. RKP-Parteitag fand vom 6. bis 12. August 1969 inmitten einer akuten Spannungsphase der rumänisch-sowjetischen Beziehungen statt.

³²⁾ Scnteia vom 23. 8. 1968. Ceauşescu hielt diese Ansprache vor der eilends einberufenen Großen Nationalversammlung (Parlament).

reits seit 1967 geweigert, an Manövern des Warschauer Paktes teilzunehmen oder die Abhaltung solcher auf rumänischem Territorium zuzulassen. Die Verurteilung der Niederwerfung des „Prager Frühlings“ wurde seinerzeit von großen Teilen der rumänischen Bevölkerung mitgetragen. Ceaușescu hatte gleichwohl den Zenit seiner Popularität erreicht.

Die Beziehungen Rumäniens zur UdSSR und in unterschiedlichem Maße zu den anderen Verbündeten blieben seither unverändert gespannt und der latente Konflikt spitzte sich hin und wieder zu bedrohlichen Krisen zu. Moskau verwies damals und wiederholt danach mit Blick auf Bukarest auf die Verpflichtung aller Parteien, „nicht allein gegenüber der eigenen Arbeiterklasse . . . , sondern auch gegenüber der kommunistischen Weltbewegung insgesamt“ ihre Pflicht zu erfüllen³³⁾. Die RKP-Führung hatte freilich schon längst der kommunistischen Einheit unter Moskauer Führung abgeschworen und zugleich erklärt, entschlossen zu sein, jeder Aggression, gleich aus welcher Richtung sie erfolge und welcher Begründung sie sich bediene, mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten. Manöver der rumänischen Armee werden seit 1968 bezeichnenderweise demonstrativ gegen einen angenommenen Gegner abgehalten, der die rumänischen Grenzen vom Nordosten her zu überschreiten versucht³⁴⁾.

Mit Nachdruck wandte sich Bukarest auch gegen die wiederholten Bestrebungen Moskaus, ein neues kommunistisches Machtzentrum einzurichten. Man spreche im kommunistischen Lager — so ein programmatischer Artikel — von der Festigung der Einheit und man bedauere, daß es sie nicht gäbe. Dabei sei man offenbar geneigt, zu vergessen, zu welchen Mißbräuchen die (von KOMINTERN und KOMINFORM) „zentral oktroyierte und gelenkte Einheit“ geführt habe. Welch immenser Schaden sei beispielsweise dadurch angerichtet worden, daß „manche kommunistische Partei (Jugoslawiens BdkJ) als ‚Agentur des Imperialismus‘ diffamiert wurde“. Ähnliches geschehe noch heute (China)³⁵⁾.

Bukarest setzte seit 1968 offen auf die chinesische Karte. Blockpolitisch bedeutungsvoll war vor allem der innenpolitisch für Rumä-

nien so verhängnisvolle Besuch, den Ceaușescu im Sommer 1971 Mao abstattete. In einer Ansprache vor dem chinesischen Parlament verwarf Ceaușescu erneut nachdrücklich den Gedanken einer Neuauflage der kommunistischen Internationale³⁶⁾. Gastgeber Chou-Enlai revanchierte sich mit einem superlativen Lob an die Adresse der Rumänen und versprach ihnen unverhüllt chinesische Unterstützung gegen jedweden „fremden Aggressor“³⁷⁾. Sieben Jahre später konnte man erfahren, daß Ceaușescu bei diesem Anlaß den ersten erfolgreichen Versuch unternommen hatte, zwischen Peking und Washington zu vermitteln.

b) Bukarests weltweites politisches Engagement

Ceaușescu stellte die Vermittlertätigkeit in den Mittelpunkt seiner weltweiten diplomatischen Aktivitäten, weil sie ihm unter dem Vorwand, unparteiisch und neutral zu sein, viele bis dahin verschlossene Türen öffnete und Freiräume für eigene außenpolitische Initiativen schaffte. Außerhalb des kommunistischen Raumes schuf er 1967 — das Jahr, in dem Rumänien lange vor den anderen Warschauer-Pakt-Staaten mit Ausnahme der UdSSR diplomatische Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland anknüpfte³⁸⁾ — die Grundlagen für eine der bislang erfolgreichsten Vermittlungen, jene zwischen Ägypten und Israel, indem er als einziger Parteichef eines Ostblocklandes wegen des „Sechstagekrieges“ vom 5. bis 10. Juni 1967 die diplomatischen Beziehungen zu Jerusalem nicht abbrach. Einige arabische Staaten, darunter auch Ägypten, suspendierten darauf zeitweilig ihre Beziehungen zu Bukarest. Diese wurden jedoch zu Beginn der siebziger Jahre erneut aufgenommen. Vom 19. bis 21. November 1977 kam es dann nach vorangegangenen Kontakten via Rumänien zum sensationellen Treffen zwischen Anwar as-Sadat und Menachem Begin in Jerusalem.

Diese Vermittlungsaktion brachte erwartungsgemäß auch die USA Rumänien näher. Der neugewählte Präsident Nixon hatte bereits im Sommer 1969 die „Aufgeschlossenheit Rumäniens in der Nahostpolitik“ mit einem Besuch — dem ersten eines amerikanischen

³³⁾ Pravda vom 15. 1. 1969.

³⁴⁾ D. Ghermani, Die rumänische Volksarmee, in: P. Gosztony (Hrsg.), Zur Geschichte der europäischen Volksarmeen, Bonn-Bad Godesberg 1977, S. 189—226, sowie ders., République Socialiste de Roumanie, in: R. Wohler (ed.), Les systèmes des réserves du Pacte de Varsovie, München 1978, S. 87—98.

³⁵⁾ N. Corbu, Auf das die Macht des Sozialismus sich voll entfalte, in: Lumea vom 24. 4. 1969.

³⁶⁾ Scinteia vom 9. 6. 1971.

³⁷⁾ Ebd. vom 2. 6. 1971.

³⁸⁾ Die Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zwischen Bonn und Bukarest wurde anlässlich eines Besuches des Außenministers Corneliu Mănescu in der Bundesrepublik Deutschland am 31. Januar 1967 vereinbart. Der erste rumänische Botschafter, Constantin Oancea, überreichte das Beglaubigungsschreiben am 14. Juli des gleichen Jahres.

Präsidenten — in Bukarest honoriert³⁹⁾. Und auch Präsident Carter bescheinigte dem rumänischen Partei- und Staatschef neun Jahre später, „der große Führer . . . einer großen Nation“ zu sein, einen „außerordentlichen Einfluß in der internationalen Arena“ zu besitzen und „eine Brücke zwischen Nationen mit grundlegend verschiedenen Standpunkten und Interessen“ gebaut zu haben⁴⁰⁾.

Dieses große Lob hatte sich Ceauşescu nicht zuletzt durch seine Vermittlung zwischen Washington und Peking verdient. Die guten Beziehungen zu China erhält Bukarest bis in die Gegenwart hinein aufrecht. Im Mai 1978, unmittelbar nach seinem USA-Besuch, begab sich Ceauşescu erneut nach Peking, wo er mit Sicherheit seinen chinesischen Gastgebern amerikanische Vorschläge über die Verbesserung von bilateralen Beziehungen überbrach-

te. Parteichef Hua Guofeng empfing den rumänischen Gast mit gewohnter Herzlichkeit⁴¹⁾. Die Gipfeltreffen zwischen Bukarest und Peking rissen auch in der Folgezeit nicht ab. Mitte August 1978 besuchte Hua Guofeng Ceauşescu, ehe er seine Fahrt nach Belgrad fortsetzte⁴²⁾. Die Annäherung zwischen China und Jugoslawien dürfte in erheblichem Maße auch Ceauşescus Werk sein, ebenso wie jene zwischen Peking und Teheran, wo der chinesische Parteichef auf seiner Rückreise Station machte, um mit dem Schah informelle Gespräche zu führen. Bukarest konnte somit gegen Ende der siebziger Jahre mit seiner Leistung zufrieden sein, zur Entstehung und Festigung von Kontakten zwischen potentiellen Gegnern der UdSSR, die bis dahin teilweise im scharfen Gegensatz zueinander gestanden hatten, beigetragen zu haben.

III. Zukunftsperspektiven

Die große Zeit Ceauşescus als Allround-Vermittler und initiativenreicher Pionier der Weltpolitik scheint seit Beginn der achtziger Jahre weitgehend vorüber zu sein. Ein Besuch, den er vom 12. bis 17. April 1983 China abstattete, dürfte — er traf unter anderem mit dem Pragmatiker Teng Xiaoping zusammen — die erhofften Ergebnisse, vor allem eine Ausweitung der gegenseitigen Wirtschaftskooperation, nicht erbracht haben⁴³⁾. Seine Bestrebungen, zwischen Israel und den arabischen Staaten bzw. zwischen Iran und Irak weiter zu vermitteln, werden wahrscheinlich angesichts der erstarrten Fronten und der verfahrenen Gesamtlage im Nahen Osten erfolglos bleiben⁴⁴⁾. Und die Groß- bzw. Supermächte bedürfen seit geraumer Zeit seiner guten Dienste kaum mehr, da sie direkte Kontakte miteinander haben, auch wenn es (wie geschehen) passieren kann, daß einige amerikanische Kongreßmitglieder, die mit dem Stellenwert Rumäniens im Ostblock wenig vertraut waren, Bukarest bitten, zwischen

Washington und Moskau in der Abrüstungsfrage zu vermitteln⁴⁵⁾.

Die Prestigeminderung Rumäniens auf außenpolitischer Ebene, die Bukarest nach wie vor durch eine hektische Geschäftigkeit zu verbergen versucht, bereitet freilich gegenwärtig den verantwortlichen Stellen geringere Sorgen für die Zukunft des Landes als die extrem prekäre und sich laufend verschlechternde Wirtschaftslage. Bukarest könnte es zwar noch mittelfristig gelingen, positive Handelsbilanzen auf Kosten des Bruttosozialproduktes und des Lebensstandards zu erwirtschaften und auf diese Weise seine Auslandsschulden allmählich zu vermindern. Der Internationale Währungsfonds bezweifelt jedoch neuerdings zu Recht, daß es — wie von Bukarest angekündigt — möglich sein wird, die Schulden bis 1988 weitgehend zu begleichen. Dieser Plan beruht auf zwei utopischen Postulaten: darauf, daß die Wirtschaft durch eigene Kraftanstrengung in der Lage sein wird, die Exporte in den kommenden Jahren erheblich zu steigern, ohne Rücksicht darauf, daß der Weltmarkt in absehbarer Zeit auch für technologische Spitzenleistungen, die Rumänien erwiesenermaßen nicht erbringen kann, nur beschränkt aufnahmefähig ist; und ferner darauf, daß es trotz der zum Teil versiegenden eigenen Reserven ab 1990 möglich sein wird, auf die Einfuhr von teureren, in konvertibler

³⁹⁾ Neuer Weg vom 3. bis 5. 8. 1969.

⁴⁰⁾ Scnteia vom 13. 4. 1978. Vgl. D. Ghermani, Ceauşescus Rolle in der Weltdiplomatie. Makler in allen Richtungen, in: WDSOE, 27 (1978), S. 98—102, sowie ders., Die rumänisch-amerikanischen Beziehungen in der Ära Ceauşescu, in: Südosteuropa, 31 (1982) 9, S. 459—473.

⁴¹⁾ Scnteia vom 16. 5. 1978.

⁴²⁾ Ebd. vom 16. bis 19. 8. 1978.

⁴³⁾ Ebd. vom 18. 4. 1983.

⁴⁴⁾ D. Ghermani, Rumäniens Nahostpolitik. Bestandsaufnahme einer diplomatischen Vermittlertätigkeit, in: Südosteuropa, 31 (1982) 1, S. 28—45.

⁴⁵⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 19. 9. 1983.

Währung zu bezahlenden Energieträgern zu verzichten⁴⁶⁾. Seit Jahren jagt eine optimisti-

⁴⁶⁾ D. Ghermani, Rumänien und der RGW, in: Südosteuropa, 32 (1983) 9, S. 492—507.

sche Wirtschaftsprognose die andere — und die Lage hat sich kontinuierlich verschlechtert. Allein ein radikales ökonomisches Umdenken könnte Abhilfe verschaffen. Das ist jedoch nicht zu erwarten.

Versorgungslücken, drastisch sinkende Realeinkommen und eine Inflationsrate von 50 v. H. — durch diese Stichworte sind wesentliche Probleme umrissen, mit denen Jugoslawien an der Jahreswende 1983/84 zu kämpfen hat. Doch nur wenigen Jugoslawen ist bewußt, daß die gegenwärtige Krise ihre Wurzeln in der heute oftmals nostalgisch verkürzten Tito-Ära hat. Die verfehlte Wirtschaftspolitik in der Spätphase dieser Ära ließ die Auslandsverschuldung derart kraß ansteigen, daß die äußere Liquidität der SFRJ zu Beginn der achtziger Jahre ernsthaft gefährdet war. Ohne umfangreiche Finanzhilfe der USA und ihrer Verbündeten wäre Jugoslawien ein ähnliches Schicksal wie Polen und Rumänien nicht erspart geblieben.

Unter dem Druck des Internationalen Währungsfonds ergriff die jugoslawische Bundesregierung energische Sofortmaßnahmen, um den Devisenabfluß zu stoppen. Doch die damit eingeleitete und in der Presse mit sehr viel Vorschußlorbeeren bedachte Wirtschaftsreform ist offensichtlich ins Stocken geraten. Gegenwärtig zieht sich durch alle politisch relevanten Gremien der Gegensatz zwischen den Zauderern, die spöttisch als „Kosmetiker“ des Systems bezeichnet werden, und den Radikalen, die rasche und klare Lösungen anstreben. Der politische Entscheidungsprozeß ist damit blockiert, zumal die Partei ihren Führungsaufgaben nicht mehr gerecht wird.

Es ist schwer zu prognostizieren, wann die wirtschaftlich begründete Unzufriedenheit der Bevölkerung in eine politisch motivierte umschlagen wird. Fest steht jedoch, daß eine deutliche Verschlechterung der gegenwärtigen Situation die Toleranzgrenze weiter Bevölkerungsschichten überschreiten würde.

Nach wie vor akut ist das Kosovo-Problem, das die Einheit des Vielvölkerstaats zu untergraben droht. In Jugoslawiens südlichster Provinz, die zu fast 80 v. H. von Albanern bewohnt wird, war es im Frühjahr 1981 zu blutigen Unruhen unter irredentistischem Vorzeichen gekommen. Auch zweieinhalb Jahre danach ist die Lage in Kosovo keinesfalls stabilisiert. Serben und Montegriner wandern ab; die totale Albanisierung der Provinz ist vorhersehbar. Obwohl Belgrad alle Anstrengungen unternimmt, wird es zunehmend schwieriger sein, den Verbleib Kosovos in der jugoslawischen Föderation zu sichern.

András Inotai: Wirtschaft und Wirtschaftspolitik in Ungarn. Entwicklung und Aussichten

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/83, S. 13—28

Die ungarische Wirtschaft, die als eine der weltwirtschaftlich verflochtensten anzusehen ist, befindet sich gegenwärtig in einer für die Zukunft entscheidenden Periode. Die weltwirtschaftlichen Veränderungen und die relativ langsame Anpassung an die sich wandelnde Umwelt haben das außenwirtschaftliche Ungleichgewicht der ungarischen Wirtschaft zugespitzt. Die seit 1979 verfolgte neue Wirtschaftspolitik konnte in vier Jahren wesentliche Erfolge erzielen, indem sie das Defizit des Außenhandels beseitigt und mit dem Abbau des Schuldenbestandes begonnen hat. Dies war aber nur durch einschneidende binnenwirtschaftliche Korrekturen möglich. Einerseits mußten zunächst die Investitionen, seit kurzem aber z. T. auch der Privatverbrauch zurückgeschraubt werden. Andererseits wird versucht, mit Hilfe einer Beschleunigung des 1968 begonnenen, Anfang der siebziger Jahre jedoch festgefahrenen Reformprozesses neuen binnenwirtschaftlichen Spielraum zu schaffen und vorhandene Reserven zu mobilisieren.

Die neue Reformperiode, deren Charakteristika sich in vielen Punkten von der Reform im Jahre 1968 unterscheiden, und deren wichtigste Bereiche im Aufsatz ausführlicher dargestellt werden, muß in einer harscher gewordenen außenwirtschaftlichen Umgebung durchgeführt werden, wobei gewisse kurzfristige Notmaßnahmen die längerfristigen Reformvorstellungen nicht immer unterstützen können.

Die Zukunft der ungarischen Wirtschaft hängt in hohem Maße davon ab, wie und in welchem Umfang der industrielle Strukturwandel vorangetrieben werden kann. Dies bedingt einerseits der spezifische Verbrauch an Rohstoffen und Energieträgern, die einen wichtigen Posten der Einfuhren bilden, andererseits die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft, also die Möglichkeiten der Exportsteigerung.

Darüber hinaus werden Aufgaben und Dilemmata der ungarischen Wirtschaft geschildert. Außerdem wird kurz auf das internationale Umfeld eingegangen, das auch die Perspektiven der Ost-West-Beziehungen wesentlich beeinflussen kann.

Es ist müßig darüber zu streiten, ob das nationalzentrische Selbstverständnis der Rumänischen Kommunistischen Partei, so wie es vom Parteichef Nicolae Ceausescu in dogmatischen Sätzen formuliert wurde, Ursprung oder Folge des Emanzipationswillens Bukarests gegenüber dem sowjetischen Hegemonialanspruch gewesen ist. Fest steht, daß die RKP-Ideologie und Außenpolitik nach dem Utilitaritätsprinzip miteinander verflochten wurden. Die eigenwillige Diplomatie des kleinen Balkanstaates, die ihm insbesondere in den siebziger Jahren Lob und Anerkennung seitens der Länder des atlantischen Bündnisses, Chinas und der Dritten Welt einbrachten, hat wiederholt Moskaus weltpolitische Zielsetzungen durchkreuzt. Erfolgreich erwies sich der rumänische Partei- und Staatschef insbesondere auf dem Felde der Vermittlungsdiplomatie. Er trug unter anderem wesentlich zur Annäherung zwischen Israel und Ägypten sowie den Vereinigten Staaten und China bei. Die Zusammenarbeit Rumäniens innerhalb des Warschauer Paktes besitzt hingegen seit 1967 weitgehend formalen Charakter. Bukarest hat sich seither geweigert, Truppen an gemeinsamen Manövern teilnehmen zu lassen.

Wenig Vorteilhaftes läßt sich über die Innen- und Wirtschaftspolitik Rumäniens sagen. Die forcierte Industrialisierung, die ursprünglich als Stütze der Autonomiepolitik gedacht war, später jedoch Eigengesetzlichkeiten entwickelte, führte zu strukturellen Fehlleistungen und erfolgte auf Kosten der Landwirtschaft, der die Mittel entzogen wurden, um echte Reformen und Modernisierungen durchzuführen. Zu Beginn der achtziger Jahre wurde die Westverschuldung Rumäniens, nachdem das Land im Winter 1981/1982 seine Zahlungsunfähigkeit anmelden mußte, zum schier unlösbaren Problem. Und Moskau zeigt verständlicherweise wenig Neigung, dem widerspenstigen Verbündeten in der Stunde der Not wirtschaftlich unter die Arme zu greifen. Innenpolitisch hat Rumänien weniger als alle anderen Ostblockstaaten das Erbe der stalinistischen Periode überwunden.

Da der Weiterführung einer eigenwilligen Außenpolitik wegen des innen- wie wirtschaftspolitisch bedingten Prestigeverlusts der Regierung enge Grenzen gezogen sind, blickt Bukarest, ohne die dringend benötigte Unterstützung des Westens, in eine düstere Zukunft.